

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis Mk. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Scheinbrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen und Stellenvermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg. Beilagen nach Vereinbarung.

Neue Steuern.

Am 28. November ist der Reichstag in Berlin zu einer neuen Tagung wieder zusammengetreten. Die Einberufung des Reichstags erfolgte auch diesmal zu einem recht späten Zeitpunkt, obwohl seiner ganz außerordentliche Gesetzgebungsarbeiten harren. Handelt es sich doch um die Durchführung der schon lange angekündigten Reichsfinanzreform und um die Beratung einer neuen Flottenvorlage, Gegenstände, die eine eingehendere Behandlung notwendig gemacht hätten, als sie infolge der späten Einberufung des Reichstags möglich ist. Aber das ist ja wohl der Zweck der späten Berufung des Parlaments, daß man möglichst schnell über all diese, das Volk tief erregende und deshalb unangenehme Dinge hinwegkommen will.

Die Reichsfinanzreform steht nun seit zwei Jahrzehnten schon auf der Tagesordnung des Parlaments. Nur in den ersten Jahren nach der Reichsgründung herrschte im neu-gegründeten Deutschen Reich überflüssige Wirtschaft, das heißt, es wurden die fünf Milliarden Franken aus der französischen Kriegskostenentschädigung verwirtschaftet. Flott verwirtschaftet, denn schon Mitte der sechziger Jahre war man mit den fünf Milliarden fertig geworden und das Schuldenmachen ging los. Anfangs bewegte sich auch die Schuldenmacherei in recht bescheidenen Grenzen. Mehr als 100 Millionen Schulden in einem Jahre wurden kaum gemacht. Aber mit dem Jahre 1888, bis wohin die Schulden des Deutschen Reiches auf 711 Millionen Mark angewachsen waren, änderte sich auch das. Eine neue Periode des Schuldenmachens hub an, das Schuldenmachen ins Große. Schon im Jahre 1890 war die erste Schuldenmilliarde überschritten, nach fünf Jahren die zweite. Heute, nach 28-jähriger Pumpwirtschaft, sind wir glücklich mit 8 1/2 Milliarden Schulden gesegnet, zu deren bloßen Verzinsung wir jährlich ungefähr das Doppelte von dem aufbringen müssen, was wir sieben Jahre nach Begründung des Reiches insgesamt an Schulden hatten.

An dieser Entwicklung trägt die Forcierung der militärischen Rüstungen zu Wasser und zu Lande die Hauptschuld. Sind doch nach dem Etatsvoranschlag für das Jahr 1905/06 bei einer Gesamtausgabe von noch nicht ganz 2 1/2 Milliarden rund 1 Milliarde an Ausgaben für Heer und Marine in Aussicht gebracht, während die Gesamtausgaben im Etatsjahr 1887/88 sich nur auf 876 994 Millionen Mark beliefen, wovon 416 714 Millionen Mark auf Militär- und Marineausgaben. Die Ausgaben für militärische Zwecke haben sich also seit dem Jahre 1888, unter der Regierung des jetzigen Kaisers, um das Unterhalbfache vermehrt.

Dem Moloch Militarismus haben wir es also in der Hauptsache zu verdanken, wenn die Steuerlast des Volkes unerträglich geworden, wenn wir vor Schulden im Deutschen Reich nicht wo ein und aus wissen. Dem Moloch Militarismus verdanken wir auch die neueste Reichsfinanzreform, die uns nichts weiter bringt als eine weitere schwere Belastung des arbeitenden Volkes, um die früher bewilligten militärischen Rüstungen durchführen zu können, um Mittel fällig zu machen zur Durchführung weiterer militärischer Rüstungen.

In den drei letzten Jahren schon waren trotz fortgesetzter Steigerung der Zolleinnahmen Zuschußanleihen notwendig, um den Reichshaushaltsetat ins Gleichgewicht zu bringen. Nichtsdestoweniger hat die Reichsregierung dem Reichstag eine neue Flottenvorlage vorgelegt, die eine Steigerung der Ausgaben für die Marine um rund 100 Millionen bedeutet. Dafür muß nun Deckung geschafft werden. Und obwohl das letzte Flottengesetz ausdrücklich besagt, daß der Fehlbetrag aus dieser Flottenvermehrung „nicht durch Erhöhung und Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden darf“, wird jetzt doch dem Reichstag eine Reichsfinanzreformvorlage vorgelegt, die in der Hauptsache nichts anderes als eine Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern bezweckt. Und da diese neuen Verbrauchsabgaben zu einem Teil zur Deckung der neuen Flottenausgaben, zum anderen Teil aber zur Deckung der Ausgaben aus der letzten Flottenvorlage bestimmt sind, bedeuten die neuen Steuervorlagen nichts weiter als eine Mißachtung der in der letzten Flottenvorlage gegebenen Garantien auf Vermeidung neuer indirekter

Steuern aus Veranlassung dieses Gesetzes. Man weiß das nach wieder einmal, wie geringwertig die Versprechungen der Regierung einzuschätzen sind.

Fast eine Viertelmilliarde neuer Steuern mehr pro Jahr soll aus dem deutschen Volke herausgeschunden werden. In erster Linie hat man es diesmal auf den Tabak abgesehen. Zu den 72 Millionen Mark, die der Tabak jetzt schon pro Jahr an Reichsabgaben abwirft, sollen noch weitere 40 Millionen Mark an neuen Steuern herausgewirtschaftet werden. Diese Steuererhöhung muß die Tabakindustrie zugrunde richten. Tausende von Arbeitern, Händlern, Fabrikanten usw. werden durch diese neue Tabaksteuer um Lohn und Brot gebracht. Denn diese Steuer verursacht doch wieder nur die Verteuerung des Tabaks, der zu einem unentbehrlichen Genußmittel der großen Masse geworden ist. Die Folge ist eine Verringerung des Tabakkonsums und damit der Aussicht auf Beschäftigung für die Tabakarbeiter, deren Lebenslage ohnedies jetzt schon die denkbar ungünstigste ist.

Weiter sollen aus dem Bier jährlich 60 Millionen Mark mehr an Steuern und Zöllen herausgeholt werden. Das soll erreicht werden durch die Erhöhung der norddeutschen Brausteuern, durch die Erhöhung der von den süddeutschen Staaten zu zahlenden Ausgleichungsbeiträge und durch die Erhöhung des Eingangszolles.

Auch die Erhöhung der Verbrauchsabgaben auf Bier bedeutet eine Schädigung der Arbeiterinteressen. Die Arbeiter zählen zu den Hauptkonsumenten des Bieres, sie sind es also, welche die Mehrbelastung in Form von teurerem oder schlechterem Bier zu tragen haben werden.

Direkt arbeiterschädigend sind auch die geplanten Verkehrssteuern. Wir nennen nur die Steuer auf Personenfahrtarten im Eisenbahn- und Dampfstraßenverkehr, die 12 Millionen Mark einbringen soll. Die Steuerpflicht soll bei einem Fahrpreis von mehr als 2 Mk. beginnen und in der Höhe von 5 bis 40 Pf. erhoben werden. Militär- und Arbeiterfahrtarten sollen allerdings frei bleiben, da aber heutzutage die Vergnügungsreisen nur einen verhältnismäßig geringen Anteil an dem Personenverkehr haben, so kann auch diese Steuer nur als kulturschädigend bezeichnet werden. Ebenso wie die Frachtturkendensteuer, die 41 Millionen Mark, und die Quittungssteuer, die 16 Millionen Mark einbringen soll. Alle diese Steuern werden doch nur auf die große Masse der Bevölkerung abgewälzt. Die Arbeiter und Kleinrentner sind es, welche schließlich die Beche zu zahlen haben werden.

Nun ist allerdings auch eine Besteuerung der Luxusautomobile und eine Erbschaftsteuer in Vorschlag gebracht, zwei Steuern, die wirklich nur die wohlhabenden Klassen belasten, aber diese Steuern sind finanziell einfach wertlos, weil sie nur einige fünfzig Millionen Mark jährlich einbringen, während mehr als dreimal soviel durch die neue Tabak-, Bier-, Verkehrs-, die Frachtturkenden- und Quittungssteuer aufgebracht werden soll. Es ist immerhin interessant, zu beobachten, wie man auch hier wieder die Bestehenden schon, während man die breiten Massen in der unerhörtesten Weise belastet.

Natürlich wird der Reichstag diese Vorlagen bewilligen trotz der im letzten Flottengesetz gegebenen Garantien betreffs Vermeidung jeder Vermehrung oder Erhöhung der indirekten Steuern zur Deckung der Ausgaben für die Marine, trotz der fürchterlichen Belastung der breiten Masse, die sie im Gefolge haben. Denn die bürgerliche Reichstagsmehrheit hat sich durch solche Rücksichten noch niemals in ihrer volksfeindlichen Gesetzgebungsarbeit heirren lassen. Ist doch bei den bürgerlichen Parteien des Reichstags fast allgemein eine Vorliebe für die indirekte Besteuerung des Volkes und die Flottenvermehrung anzutreffen. Und die sozialdemokratische Partei, die einzige entschiedene Gegnerin des Militarismus und Marinismus wie jeder ungerechten Belastung des Volkes, hat ja infolge der politischen Impotenz weiter Arbeiterkreise im Reichstag noch nicht die genügende Macht, um Gesetzesvorlagen wie die beiden vorliegenden zur Ablehnung zu bringen.

So werden auch diese volksfeindlichen Pläne zur Durchführung kommen, dank der vielen tausend Arbeiter, welche bei den Reichstagswahlen den Reaktionen zum Siege verholfen haben.

Mit christlich-deutschem Gruß.

und mit dem Rainszeichen des Arbeitererrats an der Stirn, so tritt der „Auschuß des deutschen Arbeiterkongresses“ wieder einmal an die Öffentlichkeit und wendet sich an „die christlichen und nationalen Arbeiter, Arbeiterinnen, Gehilfen, Bediensteten und Angestellten Deutschlands“, um sie zu bitten, überall für die Programmforderungen der christlich-nationalen Gewerkschaften Propaganda zu machen. Diese Forderungen sind: Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes, Anerkennung der Berufsvereine und Einrichtung von Arbeitskammern. Das Programm ist etwas mager, und obendrein haben die christlich-nationalen Führer die beiden Glanznummern ihres Programms noch gar nicht einmal aufgeführt: Ausmergelung des arbeitenden Volkes durch die Brot- und Fleischwucherer, sowie Vereitelung jeglichen Fortschritts durch Organisation des Streikbruchs. Schämten sie sich vielleicht, den frommen Schäflein zu erzählen, wie eifrig ihre Führer (zum Beispiel Schack und Giesberts) den Schutzöllnern Heeresfolge leisten, und wie andere wieder (zum Beispiel der her-ähmte Franz Behrens) Streikbrecher anwerben, um kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen? Und solche notorischen Arbeiterverräter wagen es, mit christlich-deutschem Gruß die Arbeiter Deutschlands zu umwerben!

In dem Gedicht „Deutscher Rat“ von Robert Reinick lesen wir:

„Vor allem eins, mein Kind: Sei treu und wahr,
Laß nie die Ägge deinen Mund entweihn!
Von alters her im deutschen Volke war
Der höchste Ruhm, getreu und wahr zu sein.“

Wo aber bleibt die deutsche Treue bei den christlich-nationalen Helfen, die ihre Arbeitsbrüder systematisch verleumden und mit Schmutz bewerfen, die die grünen Hoffnungsfaaten der deutschen Arbeiterbewegung in Grund und Boden treten und dem Ausbeutertum Handlangerdienste leisten, die sich der schwärzesten Reaktion verkaufen und die Arbeiter in der Dummheit erhalten wollen? Und wo bleibt die Wahrheit, der höchste Ruhm des deutschen Volkes? Sehen wir uns daraufhin einmal den vorliegenden Aufruf an.

Seit dem Frankfurter Kongress von 1903, so erzählt man uns, geht ein freischer Zug durch die christlich-nationale Arbeiterbewegung, in der sich ein lebhaftes soziales Streben entwickelt (vergleiche den systematisch-organisierten Streikbruch in Gln und vielen anderen Städten), „trotz aller Schwierigkeiten und Befehdung seitens der Sozialdemokratie“. Der Hieb gegen die Sozialdemokratie zieht nicht, denn jeder-mann weiß, daß die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften stets bereit sind, mit den christlichen zusammenzuarbeiten, daß die letzteren aber meistens ganz unkollegiale Seiten-sprünge machen. Doch die Herren gefallen sich in der Rolle eines Märtyrers und spielen mit Vorliebe das Kämmlin, das kein Wässerlein trinkt. Da muß denn die Sozialdemo-kratie herhalten als der böse Wolf und Spielverberber. Da-bei verschweigen die christlich-deutschen Wahrheitsfreunde ganz — man nennt dies im Jesuitenjargon: reservatio mentalis, lügenhafter Vorbehalt —, daß auch die Unter-nehmer den christlichen Gewerkschaften alle möglichen Hindernisse in den Weg legen. Sobald die christlich-nationalen Arbeiter ernstlich darauf ausgehen, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen, dann wird auch der christlichste und nationalste Unternehmer ungemütlich und stellt sich auf die Hinterbetrie; wenn es ihm an den Geldbeutel geht, dann hört Christentum und Deutsch-tum auf, und die kapitalistischen Geselohren kommen unter der prächtigen Lössenhaut zum Vorschein; dann schimpfen die christlich-nationalen Ausbeuter auf die christlich-nationalen Gewerkschaften und werfen sie mit den Sozialdemokraten in einen Topf. Das wissen die Giesberts und Konforten ganz gut, aber sie verschweigen es heuchlerischer-weise, um ihrem blinden Haß gegen die Sozialdemokratie fröhnen zu können.

Ebenso verlogen ist es, wenn der Aufruf erzählt, daß der einflussreichste Arbeitgeber des Ruhrkohlenbergbaus, Geheim-rat Kirchoff, auf der letzten Generalversammlung des Ver-eins für Sozialpolitik erklärt habe, die Arbeitgeberverbände würden nicht mit den Arbeiterorganisationen verhandeln,

und wenn hieran die Bemerkung geknüpft wird: „Diese Gegenströmung wird durch die sozialdemokratische Politik nur verstärkt.“ Tatsächlich hat Kirdorf bei der Gelegenheit gesagt: „Ich halte die christlichen Gewerkschaften für gefährlicher als die sozialdemokratischen; die sozialdemokratische Richtung ist mir lieber, denn sie sagt offen, wohin sie steuert. Die anderen Gewerkschaften steuern unter dem Mäntelchen des Christentums; sie wollen unser Wirtschaftsleben beherrschen und unser Geistesleben in Fesseln schlagen.“ Warum unterschlägt man diese Worte, trotzdem mehrere Unterzeichner des Aufrufs in Mannheim anwesend waren? Wahrscheinlich fühlte man sich getroffen von der Behauptung Kirdorfs, daß die christlich-nationalen Gewerkschaften reaktionäre Zwecke verfolgen und dem Rückschritt dienen. Offenbar hat Kirdorf vor den freien Gewerkschaften einen gewissen Respekt, weil sie offen Farbe bekennen und für geistigen und wirtschaftlichen Fortschritt eintreten, während die Hintermänner der christlichen Gewerkschaften Rückscrittler von unreinstem Wasser sind. Und in der Tat könnte in Deutschland von einer vernünftigen Weiterentwicklung nicht mehr die Rede sein, wenn die Pfaffen und Pfaffenknechte das Heft in die Hand bekämen. Das zeigt uns das Schicksal derjenigen Länder, wo noch heute das Pfaffentum die maßgebende Rolle spielt und im öffentlichen Leben den Ton angibt.

Der christlich-deutschen „Wahrhaftigkeit“ wird aber dadurch die Krone aufgesetzt, daß der Aufruf behauptet, „die Klassenkämpferische, revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie bringt nicht nur den Arbeitern keine praktischen Vorteile, sondern stärkt lediglich den Scharfmachern und Gegnern der sozialen Reform den Rücken.“ Den Text und die Melodie dieser Salbaderei kennen wir längst: von jeher haben die Leisetreter und Leisebeter die Arbeiter zur Mäßigung und Bescheidenheit ermahnt. „Nur nicht drängeln, nur nicht ungestüm fordern, nur nicht auf die Macht pochen! Hübsch bescheiden bleiben und bitten, an das Wohlwollen der Unternehmer appellieren! Dann wird sich darüber reden lassen.“ So predigen die guten Freunde der Arbeiter in allen Tonarten, und die christlich-nationalen Arbeiter hauen in dieselbe Kerbe. Zum Glück für die Entwicklung der Arbeiterklasse hat letztere das Hoffen und Harren verlernt und ist es müde geworden, zu bitten und zu betteln; sie verlangt ihr gutes Recht und will sich dies Recht erkämpfen. Daß die Methode des Kampfes wirksamer ist, als die Methode des Bittens, lehrt uns die ganze Weltgeschichte. Solange das Volk in der Geduld verharrte und bei den Herren um Gnade bettelte, konnte es verhungern, erst als es sein Schicksal in die eigenen Hände nahm, erhob es sich langsam aus Schmach und Elend; solange das russische Proletariat mit Gebeten und Heiligenbildern den Zaren anwinkelte, wurde es mit Karätschen und Gewehrlugeln begrüßt, als es aber seine Glieder reckte und seine Kraft zeigte, wurde es von dem mächtigsten Manne Rußlands, Graf Witte, angerebet: „Arbeiter, Brüder! Ich werde alles für euch tun, was möglich ist!“ Der Aufruf läßt also, wenn er behauptet, daß die Klassenkämpferische, revolutionäre Taktik der Sozialdemokratie den Arbeitern noch keine praktischen Vorteile gebracht habe — die Verkürzung der Arbeitszeit und die zahlreichen Lohnerhöhungen verdanken wir vermutlich den christlich-nationalen Klammern? —, noch mehr aber illt er, wenn er das Scharfmachertum und die Eitelkeit bei Sozialreform den sozialdemokratischen Gewerkschaften in die Schuhe schiebt. Nicht die Ausbeutungsgier des Kapitals, nicht das Herrenbewußtsein des Kapitalprozentums trägt die Schuld an der Verschärfung der Klassengegenstände, nur die Sozialdemokratie ist die Schuldige — man braucht diesen Satz nur zu lesen, um die bodenlos freche Verlogenheit des Aufrufs zu erkennen. Die Niederträchtigkeit der Kapitalproben und ihre Aussperrungstaktik wird mit dem Mantel der christlichen Liebe bedeckt, die Ausmergelungstaktik der Zollwächter wird beschönigt, aber die Sozialdemokratie wird als die Feindin der Arbeiter denunziert — wahrlich, der Ekel steigt uns bis in den Hals über solche christlich-deutschen Verbrecher der Wahrheit.

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Deutsche Arbeiter und Arbeiterinnen! Vertraut auf eure eigene Kraft, vertraut auf die hohen Ideale, die uns leiten, vertraut auf die Gerechtigkeit unserer Sache! Laßt euch durchdringen von den Gefühlen wahrer Solidarität und brüderlichen Kampfesmutes!“ Wahrlich, schändlicher kann unserer schönen deutschen Sprache nicht Gewalt angetan werden, als es hier geschieht; die Worte des Aufrufs klingen wie Hohn in dem Munde von Leuten, die die Räuberpolitik unterstützen und den Streikbruch in ein System bringen.

Der Arbeitsnachweis.

2. Die Arbeitsnachweise der Arbeiterorganisationen.

Wir haben in dem vorigen Artikel den Arbeitsnachweis gezeichnet, wie er beschaffen sein mußte, um den an ihn zu stellenden Anforderungen zu genügen; im nachfolgenden wollen wir in kurzen Zügen ein Bild von den bestehenden Arbeitsnachweisen geben. Wir beginnen mit den von den Arbeitern organisierten und in deren Händen befindlichen

Arbeitsnachweisen. Conrad unterscheidet hier zwischen Organisationen, denen der Arbeitsnachweis ein Mittel zum Zweck, also ein Lohnkämpfungsmittel, und solchen, bei denen der Arbeitsnachweis Selbstzweck ist. In die erste Kategorie zählt er die Gewerkschaften, in die zweite die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine und den Werkmeisterverband, wobei der letztgenannten Organisation aus verschiedenen Gründen eine besondere Stellung eingeräumt wird.

Eine strenge Scheidung zwischen Gewerkschaften und Gewerksvereinen in bezug auf ihre Stellung zum Arbeitsnachweis läßt sich übrigens nicht durchführen, denn in den Gewerkschaften sind die Meinungen über die Arbeitsvermittlung äußerst getrennt. Es sind hauptsächlich zwei Strömungen vorhanden, deren Vereinigung nicht möglich ist. Die eine Richtung, welche Conrad die radikalere nennt, steht auf dem Standpunkt, daß der Arbeiter als Verkäufer seiner Ware Arbeitskraft sich von dem Arbeitgeber als dem Käufer nicht hineinreiben lassen braucht, wie er seine Ware an den Mann bringen will. Der Arbeiter will seine Arbeitskraft los-schlagen, aber zu Bühnen, welche die Arbeitererschaft selbst diktiert. Diese radikale Richtung ist unter dem Druck der wachsenden Bewegung zugunsten paritätischer kommunaler Arbeitsnachweise zwar von ihrer ursprünglichen Schroffheit abgegangen, immerhin bleibt sie dabei, daß die Gewerkschaften, wo sie im Besitz eines gut funktionierenden Arbeitsnachweises sind, denselben aufrecht erhalten und auszubauen, nicht aber zugunsten kommunaler oder paritätischer Arbeitsnachweise aufzugeben haben. Die andere „opportunistische“ Richtung will den Gewerkschaften Bewegungsfreiheit geben, sich mit den Verhältnissen so vorteilhaft wie möglich abzufinden, und kommt in Konsequenz ihrer Auffassung zu dem Resultat, daß der Arbeitsnachweis weder dem Arbeiter noch dem Unternehmer gehört, sondern der Gesamtheit.

Für die Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine bildet der Arbeitsnachweis vor allem eine Ergänzung der Arbeitslosenunterstützung. Sie lehnen die kommunalen Arbeitsnachweise ab, verzichten aber auch darauf, den eigenen Arbeitsnachweis als ein Mittel zur aussichtsreicheren Führung des Lohnkampfes zu betrachten. Sie sind vielmehr bestrebt, ihre Arbeitsnachweiseinrichtungen unter Aufrechterhaltung eines freundlichen Verhältnisses zu den Arbeitgebern zu betreiben.

Von sonstigen Arbeiterorganisationen, die sich mit der Arbeitsvermittlung befassen, sind noch die konfessionellen Vereine, wie die katholischen Arbeiter- und Gesellenvereine und die evangelischen Arbeitervereine zu nennen. Über diese wird ein Urteil v. Reichensteins zitiert, nach welchem „sie gegenüber der Frage des Arbeitsnachweises zu einer Stellungnahme bisher nicht gelangt sind“. Als typischer Vertreter der Arbeitnehmergruppen, die sich durch die Art ihrer Stellung und den Grad ihrer Bildung von den nur physisch arbeitenden unterscheiden und sich dementsprechend den höheren Klassen zurechnen, obwohl sie im Grund genommen auch nur Arbeiter sind, wird der Werkmeisterverband erwähnt, der sich lediglich der Förderung der Wohlfahrtsinteressen seiner Mitglieder widmet und nach seinem Statut die Möglichkeit hat, Ehrenmitglieder zu ernennen, für welche Würde naturgemäß nur Arbeitgeber in Betracht kommen. Es ist einleuchtend, daß derartige Organisationen auch bei ihren Arbeitsnachweiseinrichtungen auf ein möglichstes Hand in Hand gehen mit den Unternehmern sehen. Von einer besonderen Würdigung dieser Institution können wir an dieser Stelle absehen.

Als Charakteristikum des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises bezeichnet Conrad, daß die Arbeitsvermittlung für jedes einzelne Gewerbe besonders gehandhabt wird. Die Organisation ist, besonders in den kleineren Orten, eine sehr primitive. Sehr häufig sieht man, wie der Verkäufer aus einem Handzettel des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftenverbandes, Leipzig-Stuttgart, zitiert, „eine aus sieben Mitgliedern bestehende Arbeitsnachweiskommission gewählt, von welcher jeden Abend ein Mitglied im Vereinslokal, das gewöhnlich auch als Arbeitsnachweislokal dient, anwesend ist, um die Arbeitsuchenden abzufertigen. Die freien Stellen werden teilweise von den Arbeitgebern direkt, teilweise aber auch von den Werkstättenkollegen angemeldet.“ In der Regel wird der an erster Stelle in den Listen Notierte auch zuerst in Arbeit gewiesen. „Doch kommt auch die Art der freien Stelle und die Qualifikation des Arbeitsuchenden bei der Vergabe der Arbeit in Betracht.“ Gemapregelte oder streikende Genossen haben außerdem vor anderen den Vorrang. Eine gewisse örtliche Zentralisation wird in einzelnen Orten dadurch zu erreichen gesucht, daß man den Arbeitsnachweis für die verschiedenen Industriezweige in dasselbe Lokal verlegt. Bei einigen Gewerkschaften wird, wenn die örtliche Nachweisstelle die an sie herantretenden Gesuche nicht befriedigen kann, der Verbandszentrale Mitteilung gemacht, welche den Ausgleich von Ort zu Ort zu regeln hat. Bei den Graveuren und Ziseleuren sowie bei den Notenschreibern wird der Arbeitsnachweis ausschließlich vom Zentralvorstand besorgt.

Bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereinen ist der Arbeitsnachweis im ganzen ähnlich organisiert wie bei den Gewerkschaften. Die Vermittlung erfolgt für die Mitglieder unentgeltlich, von Nichtmitgliedern werden öfters Einschreibgebühren erhoben. Am den Eifer der Sekretäre beziehungsweise Kassierer, denen vielfach die Arbeitsvermittlung anvertraut ist, anzuspornen, wird denselben für jede erfolgreiche Vermittlung aus der Ortsvereinskasse eine Prämie gutgeheißen. Den Buchdruckerverband hält Conrad merkwürdigerweise für eine Hirsch-Dunckersche Organisation, die er bei der Beschreibung ihrer Arbeitsnachweiseinrichtungen als „Gewerksverein der Buchdrucker“ bezeichnet. Die Annahme, daß die Gewerksvereine durch die Gewährung von Arbeitslosenunterstützung und durch die Ausbringung von Umzugs-

kosten für ganze Familien es ermöglichen, jederzeit vorhandene Arbeitslose auch zu den entferntest liegenden Arbeitsplätzen hinzudirigieren, ist sehr optimistisch. So hoch sind die gewährten Unterstützungen nicht, als daß sie die Erfüllung dieser Aufgabe in erheblichem Maße ermöglichen, abgesehen davon, daß die Gewährung von Reise- und Umzugsunterstützung kein Charakteristikum der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine ist; dieselben sind bekanntlich auch in dieser Beziehung viel weniger leistungsfähig als die freien Gewerkschaften.

In seiner Kritik des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises erklärt Conrad, daß das Verlangen der Gewerkschaften, die Alleinherrschaft über den Arbeitsnachweis auszuüben, abstrakt betrachtet, berechtigt ist. Dem Besitzer der Ware Arbeitskraft steht wie jedem anderen Besitzer das Recht zu, zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen er sich seines Besitzes entledigen will. Andererseits hat aber auch der Käufer einer Ware das Recht, seinen Bedarf nur zu den Bedingungen und bei den Verkäufern zu decken, die ihm genehm sind. Halten beide Parteien starr an ihrem Rechte fest, dann wäre jeder Marktverkehr unmöglich. Der Arbeiter kann den Unternehmer nur dann zwingen, sich beim Abschluß eines Arbeitsvertrages seinen Forderungen zu fügen, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind. Der Arbeiter darf in seiner wirtschaftlichen Existenz nicht abhängig sein von dem Verkauf oder Nichtverkauf seiner Arbeitskraft, er muß in der Lage sein, dem Unternehmer jede anderweitige Befriedigung seines Bedarfs unmöglich zu machen, und schließlich muß das Interesse des Unternehmers an der Gewinnung von Arbeitskräften so groß sein, daß er lieber auf seine Mitwirkung bei der Festlegung der Arbeitsbedingungen als auf die Arbeitskraft verzichtet. Diese Voraussetzungen treffen in Wirklichkeit nur selten zu. Deshalb kommt Conrad zu dem Resultat, daß das Grundprinzip des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises unhaltbar ist. Er erklärt demgemäß: „Der Arbeitsnachweis als Lohnkämpfungsmittel in Händen der Arbeitnehmer zur Unterwerfung des Unternehmertums wird so lange ein Anding bleiben, als zum Abschluß eines Kaufvertrages es der Mitbeteiligung eines Käufers so gut wie eines Verkäufers bedarf.“

Abgesehen von einigen wenigen Berufsorganisationen ist der Prozentsatz der organisierten Arbeiter so gering, daß es die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften zu einer nennenswerten Bedeutung nicht gebracht haben. Von dem größten Teil der Unternehmer werden sie einfach links liegen gelassen, und in Krisenzeiten, wo es am meisten darauf ankäme, für die stellenlosen Arbeiter Arbeitsgelegenheit aufzufinden, versagen sie vollständig. Wertvoller ist der Arbeitsnachweis als Mittel zur Propaganda für die gewerkschaftlichen Bestrebungen, aber die verbende Kraft des gewerkschaftlichen Nachweises bleibt trotzdem eine beschränkte infolge seiner geringen Vermittlungstätigkeit.

Als Vorzug betrachtet Conrad die bei einigen Gewerkschaften durchgeführte Zentralisierung des Arbeitsnachweises für ein bestimmtes Gewerbe auf der Grundlage örtlicher Arbeitsvermittlung. Diese Einrichtung gestattet bei richtiger Durchführung jederzeit einen Einblick in die Lage des Arbeitsmarktes. Auch der Umstand, daß die Arbeitsvermittlung in Händen von Fachleuten liegt, ist ein Vorteil, der es ermöglicht, bei der Zuweisung von Arbeitskräften den berechtigten Anforderungen eines bestimmten Betriebs am zweckmäßigsten zu entsprechen. Von Unternehmerseite wird demgegenüber allerdings eingewendet, daß die Verteilung der Stellen nach der Reihenfolge der Anmeldung ein Mittel sei, um die „untauglichen“ Arbeiter zu plazieren. Diesen Einwand hält Conrad jedoch in dem Falle für unberechtigt, daß die Nachweise wirklich, wie ihre Vertreter betonen, sich nicht lediglich an die Reihenfolge halten, sondern sowohl auf die Qualifikation der Arbeiter für die betreffende Stelle als auch auf die eventuellen Wünsche der Arbeitgeber Rücksicht nehmen.

Von dem Standpunkt ausgehend, daß ein Normalarbeitsnachweis den Übertritt überschüssiger Arbeiter in einen anderen Beruf erleichtern muß, hält Conrad die streng berufliche Zentralisation des Arbeitsnachweises für einen Übelstand, dem jedoch durch die Verallgemeinerung der bereits vereinzelt durchgeführten örtlichen Zentralisation zum großen Teile abgeholfen werden könnte. Irrtümlich ist wohl die Auffassung, als ob die Gewerkschaften, um den Arbeitsnachweis seiner höchsten Leistungsfähigkeit zuführen, denselben mit dem Unterstützungsweisen in enge Verbindung gebracht hätten. Bei den meisten Gewerkschaften wird die Sache umgekehrt liegen, nämlich so, daß der Arbeitsnachweis kultiviert wurde, um dem Unterstützungsweisen eine bessere Grundlage zu geben. Immerhin ist es bis zu einem gewissen Grade richtig, daß die Gewerkschaften es in der Hand haben, durch die Verbindung von Reise- und Umzugsunterstützung mit dem Arbeitsnachweis ihren Mitgliedern jede offene Stelle in ganz Deutschland zugänglich zu machen. Eingeschränkt wird diese Möglichkeit durch die Tatsache, daß die Bestimmungen über die obligatorische Benützung des Arbeitsnachweises in Wirklichkeit vielfach nicht befolgt werden; eine Erscheinung, die durch den Stand des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises ihre hinlängliche Erklärung findet. Aber selbst wenn es in letzterer Beziehung besser stünde, könnte der gewerkschaftliche Arbeitsnachweis nicht als eine endgültige Lösung der Arbeitsnachweisfrage angesehen werden, weil er den überaus größten Teil der Arbeitererschaft, die sogenannten ungelerten Arbeiter völlig unberücksichtigt läßt. Dagegen ist allerdings einzuwenden, daß auch den ungelerten Industriearbeitern Gelegenheit geboten ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren und innerhalb der Gewerkschaft den Arbeitsnachweis zu pflegen.

Die Kritik, die hier an dem gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis geübt ist, trifft natürlich auch auf die im großen

und ganze gleiche Organisation bei den Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereinen zu, mit dem Unterschied allerdings, daß bei der numerischen Schwäche der Gewerksvereine die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Arbeitsnachweises hinter der des gewerkschaftlichen Nachweises noch um ein Bedeutendes zurückbleibt.

Als Ergebnis seiner Untersuchungen über den gewerkschaftlichen Arbeitsnachweis kommt Conrad zu dem Resultat, daß ein, im Gegensatz zu dem Unternehmertum, von der Arbeiterchaft einseitig organisierter Arbeitsnachweis es nie zu rechter Lebensfähigkeit bringen wird. Immerhin verdient der Versuch einer beruflichen Zentralisation des Arbeitsnachweises alle Beachtung, da eine solche Organisation am besten die Übersicht über die Lage des Arbeitsmarktes ermöglicht und den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die beste Gewähr für die zweckmäßigste Befriedigung ihrer Wünsche bietet. Um ihn zur größtmöglichen Leistungsfähigkeit zu bringen, müßte der Arbeitsnachweis allerdings zunächst örtlich zentralisiert werden, um die Überweisung überschüssiger Arbeitskräfte in einen verwandten Beruf zu gestatten. Die Einführung der Gebührenfreiheit, die obligatorische Benützung des Nachweises und die Gewährung von Reise- und Anzugsunterstützung hat sich als unerläßliche Ergänzungen für die gewerkschaftliche Arbeitsnachweisorganisation erwiesen.

Agitation.

Im Stettiner Gau.

Auf Veranlassung des Gauvorstandes Stettin unternahm ich vom 14. bis 28. Oktober eine Agitationstour, und zwar fanden Versammlungen in den Zahlstellen Gollnow, Stettin, Wredow, Stargard, Pasewalk, Swinemünde, Anklam, Laffan, Wolgast, Greifswald und Stralsund statt. In Uckermark hatte der derzeitige Bevollmächtigte das Arrangieren einer Versammlung mit dem Hinweis unterlassen, daß nur noch zwei Mitglieder vorhanden seien und die übrigen Kollegen nicht das geringste Interesse an unserer Bewegung zeigten. Diese Meinung zu untersuchen wird Aufgabe des Gauvorstandes sein müssen.

Der Besuch der Versammlungen kann im allgemeinen als leidlich gut, in einer Reihe von Zahlstellen als gut bezeichnet werden. In Gollnow ließ das Arrangement der Versammlung zu wünschen übrig und dementsprechend war auch der Besuch derselben ausgefallen. Sätten die Kollegen am Orte daselbe rege Interesse gezeigt als wie die Mitglieder in den umliegenden Orten, so wären wir sicher einen Schritt vorwärts gekommen. Die 200 Arbeiter und Arbeiterinnen der am Orte befindlichen Stahlfabrik hatten es alle vorgezogen, ihre Berufsinteressen zu Hause hinterm Ofen zu vertreten. Ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen dürften noch elender als die ihrer Berufskollegen im sächsischen Erzgebirge sein. Unumschränkt herrscht hier noch der Arbeitgeber über die Arbeiter. Jede Regung nach Selbstständigkeit und wirtschaftlicher Freiheit versucht man zu unterdrücken. Die Aufklärung unter diesen Kollegen muß aber unter allen Umständen von neuem wieder aufgenommen werden. Doch dürften öffentliche Versammlungen dazu nicht am Platze sein.

Einen lebhafteren Verlauf nahm die von 250 Kollegen besuchte Versammlung in Stettin. Legt man für kleinere Zahlstellen denselben Maßstab wie bei größeren an, so war der Besuch der Versammlung in Wredow als gut zu bezeichnen. Jedoch müssen wir versuchen, das Versammlungsleben dahin zu heben, daß bei Agitationstouren die Versammlungen als außerordentlich gut bezeichnet werden können. Nur dann wird für beide Teile der beabsichtigte Zweck erreicht.

In diesem Sinne hatten die Kollegen in Stargard und Pasewalk für den Besuch der Versammlungen gearbeitet. Fast vollzählig waren dieselben erschienen. Ähnliches kann auch von Swinemünde berichtet werden. Der Besuch der Versammlung war gut. Auch herrscht ein recht reger Geist unter den Kollegen.

Die Versammlung in Laffan zeigte ebenfalls kein ungünstiges Bild. Doch dürfte, wenn die Kollegen die Situation am Orte nach jeder Richtung beherrschen wollen, notwendig sein, das Versammlungsleben für dauernd zu heben.

In Anklam konnte die Versammlung in Anbetracht des langen, hartnäckig geführten Kampfes, welcher leider zu unseren Ungunsten ausfiel, besser besucht sein. Erfreulicherweise war jedoch trotz alledem eine gehobene Stimmung unter den Anwesenden vorhanden, so daß die Kollegen wohl alles daran setzen werden, um die erlittene Scharte wieder auszuweihen. Wohin das führt, wenn die Kollegen dies verabsäumen, konnte ich in Wolgast wahrnehmen. Hier war die Versammlung, wenn man nur die Verbandsmitglieder in Betracht zieht, wohl gut besucht, aber damit ist dem Gesamtwohl der Holzarbeiter am Orte nicht gedient. Sie können nicht vorwärts streben, wenn sich ein gut Teil der Kollegen in den Schmolzwinkel zurückzieht. Öffentlich kommen sie recht bald zur Einsicht, daß Fehler nicht ungeschehen, aber gut gemacht werden können. Der Ausspruch: „Wir sehen es ein, so kann es nicht mehr weiter gehen“ berechtigt zu der Annahme, daß die Kollegen dem Verband wieder beitreten werden. Möge das recht bald geschehen.

In Greifswald waren die organisierten Kollegen fast vollzählig in der Versammlung erschienen, wogegen die uns noch fernstehenden es vorgezogen hatten, derselben fernzubleiben, obwohl man keine Mühe und Arbeit gescheit hatte, sie auf dieselbe hinzuweisen. Das stereotype „Es nutzt ja doch nichts“ muß hier besonders wundernehmen, als es den Kollegen in diesem Jahre gelungen ist, etwas bessere Verhältnisse zu schaffen. Als leidlich gut war auch die Versammlung in Stralsund zu bezeichnen. Will man jedoch Herr der Situation bleiben, so müssen auch hier die Kollegen ihre Versammlungen noch besser besuchen.

Und dieses möchte ich für alle Zahlstellen gesagt haben, zumal die Kollegen den Kampf nach zwei Fronten zu führen haben. Der Hirsch-Dunckersche Gewerksverein der Tischler hat in fast allen Zahlstellen eine Anzahl Anhänger, die bei Lohnbewegungen und Streiks schon oft eine der Arbeiterklasse feindliche Rolle gespielt haben. Im übrigen habe ich die Gewißheit erhalten, daß in allen Zahlstellen ein reger

Geist herrscht und das Bemühen zutage tritt, die Organisation zu kräftigen, ihr den letzten Kollegen zuzuführen. Möge man darin nie erlahmen. Aug. Thielemann.

Im Gau Eberfeld.

Im Ruhrrevier nahm die Tour ihren Anfang. In Gelsenkirchen fand am 28. Oktober die erste Versammlung statt. Die Kollegen haben kürzlich anlässlich der Bauarbeiterbewegung erst einen Erfolg errungen. In Mülheim a. d. R., wo unsere Kollegen infolge der Mitglieder-versammlung am Abend vorher leider nur zum Teil in der Versammlung erschienen waren, kam es zu einer Debatte mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Kollegen.

Für die Zahlstelle Ruhrort war in Meiderich eine Versammlung einberufen worden. Die Kollegen waren vollzählig erschienen. Ein christlicher Jüngling produzierte sich mit vielem Vacherfolg als unfreiwilliger Komiker. In Duisburg waren die christlichen Kollegen in der Versammlung nicht erschienen. Unsere Zahlstelle in Essen macht erfreuliche Fortschritte. Hier herrscht die zehnstündige Arbeitszeit. In Düsseldorf haben die Kollegen nach der verloren gegangenen Lohnbewegung ihre Reihen nur noch fester geschlossen. Das bekundete auch die gut besuchte, erfreulich verlaufene Versammlung. Wo die Kollegen von solchem Geiste besetzt sind, da bedeutet eine Niederlage nur die Vorbereitung großer Erfolge. Krefeld war bisher das Schmerzenskind des Gaus; jetzt beginnt sich das Verbandsleben aber auch dort zu regen. Die zahlreich erschienenen Kollegen versprochen, mehr als bisher für Einhaltung der neunehnhalfstündigen Arbeitszeit zu wirken. Die übrigen Kollegen waren trotz des weiten Weges 15 Mann stark in der Versammlung erschienen.

In Aachen hat sich unsere Mitgliederzahl von 100 im zweiten auf 160 im dritten Quartal gesteigert, die des christlichen Verbandes ist von 120 auf 80 gesunken. Auch hier wurde von den Christlichen in die Diskussion eingegriffen; als die Gegner das Erfolgslose ihres Beginnes einsehen, versuchten sie die Versammlung durch Krakeel zur Auflösung zu bringen. Die Versammlung währte fünf Stunden. Auch in Bonn geht es gut vorwärts. Von den Christlichen sind 20 Mann in unseren Verband übergetreten.

Für Wald, Solingen, Ohligs und Sahn fand in Wald eine gemeinsame Versammlung statt. Nach dem Vortrag — „Die Kampfstatistik im Gau“ — fand eine lebhafteste Debatte statt; die Redner waren sich darin einig, daß Kompromisse abzulehnen seien und der Verband bei Lohnbewegungen selbständig vorzugehen habe.

Die Versammlung in Eberfeld fand zum ersten Male direkt nach Arbeitsluß statt; 300 Kollegen waren erschienen. Ein Hirsch-Dunckerscher, ein evangelischer und ein katholischer Kollege griffen in die Debatte ein. Letzterer verherrlichte den schändlichen Streikbruch der christlichen Kollegen in Köln. In Warden sollten sich die Kollegen an den Eberfeldern ein Beispiel nehmen und eine gründliche Werkstatt- und Hausagitation entfalten. Der Geist der Versammlung war gut, der Besuch (100 Kollegen) schlecht. Der Bezirksleiter der Christlichen, Stedem von Düsseldorf, war in höchst eigener Person in dieser Versammlung erschienen.

Die Kölner Kollegen sind durch ihre Niederlage im letzten Streit, herbeigeführt durch die christlichen Streikbrecher, ebenfalls nicht entmutigt. 1200 Kollegen nahmen an der Versammlung teil, die von dem guten Geist unserer Kölner Kollegschaft Zeugnis ablegte. In Hagen waren fast alle Kollegen in der Versammlung erschienen. Da die Versammlung in Schwelm ausfiel, hielt ich hier am 11. November in der Mitglieder-versammlung einen weiteren Vortrag über „Volk und Kunst“. Die Dortmunder Versammlung nahm trotz Eingreifens eines Hirsch-Dunckerschen Kollegen einen guten Verlauf. Die Organisation macht hier Fortschritte. Die letzte Versammlung fand in Unna statt. Zwölf in der Birtenfabrik beschäftigte Kolleginnen, die sich kürzlich organisiert haben, waren erschienen neben 30 Kollegen. Ich habe den Eindruck, wie wenn der Organisationsgedanke hier tiefer eingedrungen wäre, um so lebhafter zu reger Agitation auf.

Die Versammlungen waren, mit Ausnahme von der in Mülheim a. d. R., gut vorbereitet. Allenhalben macht sich ein reges Streben für die Organisation bemerkbar. Wird die Aufklärungs- und besonders auch die Kleinarbeit künftig recht gefördert, so gehen wir, das ist meine Überzeugung, in Rheinland-Westfalen großen organisatorischen Erfolgen entgegen. Otto Rahl.

Soziales.

Eine Weltentwende.

Im alten Europa brodelte es wie in einem Herdkeffel. In Rußland, das durch den ostasiatischen Krieg finanziell und militärisch zugrunde gerichtet wurde, hat die Revolution ihren Einzug gehalten. Massenaufstände und Massenstreiks haben das zerrüttete Regiment des Zarismus und seiner Beamtenherrlichkeit zum Nachgeben gezwungen. Ein Manifest des Zaren verhielt dem Volke ein erheblich erweitertes Wahlrecht, sowie Koalitions-, Preis- und Versammlungsfreiheit. Mag diese Kundgebung vom ehrlichen Willen eingegeben sein, dem russischen Reiche eine moderne Verfassung zu geben — für die friedliche Lösung der Dinge kam sie viel zu spät. Die jahrzehntelang gefnechtete, mit blutiger Gewalt und Verbannung unterdrückte Bevölkerung hatte längst das Vertrauen zum Zaren verloren, um aus seinen Händen eine Verfassung als Geschenk anzunehmen; sie ist gewillt, sich ihr Recht selbst zu nehmen und nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Aber selbst wenn dieses Vertrauen noch vorhanden wäre, so würde es erstickt durch die Greuel der zaristischen Schergen, die, um ihre Macht zu retten, in zahlreichen Städten durch die Geheimpolizei bewaffnete Haufen organisieren und Plünderungen und Massakres gegen Juden und Arbeiter veranstalten. Die offizielle Regierung ist machtlos gegen diese Ausschreitungen, ja es erweckt sogar den Anschein, als begünstige sie dieselben. Die russische Arbeiter-schaft rüstet sich zu neuen Generalstreiks, um im rechten Augenblick mit furchtbarer Gewalt in die Gestaltung der

Verhältnisse einzugreifen. Unterdes tobt der Aufruhr im Reiche weiter. Militärische Unterdrückungskampagnen werden von militärischen Revolutionen abgelöst; ganze Regimenter und Besatzungen der Kriegsschiffe meutern und liefern Straßenkämpfe. In Polen erhebt die nationale Revolution ihr Haupt und fordert volle Selbstverwaltung, und in Finnland hat man den zarischen Gouverneur verjagt. Aber auch das Zarenregiment rüstet zur Gegenwehr, um der Revolution Herr zu werden. Das letzte Wort ist in diesen Dingen noch lange nicht geredet; vielmehr steht die russische Arbeiter-schaft noch am Vorabend großer Kämpfe, und die ihr gnädigst „geschenkte“ Verfassung wird sie erst noch mit ihrem Blute erkaufen müssen.

Die revolutionäre Flutwelle aber ist bereits über Rußlands Grenzen hinausgetreten und hat sich nach Westeuropa fortgepflanzt. In Osterreich ist das Proletariat in einen machtvollen Kampf eingetreten für das allgemeine Wahlrecht, in einen Kampf von ungeheurer Kraft und Größe. Wahlrechtskämpfe, die alle früheren an Schärfe hinter sich lassen werden, erwarten uns auch in Deutschland. Eine Weltentwende ist im Werden!

Wir haben schon darauf hingewiesen, welche gewaltige Bedeutung die russische Revolution für uns deutsche Arbeiter hat. Einmal ist das deutsche Volk bei Befriedigung seines Nahrungsmittelbedarfs in hohem Maße auf die russische Nahrungszufuhr angewiesen. Allein im Jahre 1904 hat Deutschland von Rußland für 450 Millionen Mark Nahrungsmittel bezogen. Dann aber ist Rußland ein guter Abnehmer deutscher Industriewaren. Es kann uns deutschen Arbeitern natürlich nicht gleichgültig lassen, ob es dem russischen Proletariat gelingt, dem politischen Fortschritt in Rußland zum Siege zu verhelfen oder nicht, haben wir doch an der Lösung dieser Frage ein eminentes wirtschaftliches Interesse.

Noch größer ist aber das politische Interesse des deutschen Proletariats an der russischen Revolution. Wir haben früher schon betont, welche großes Interesse wir daran haben, daß das russische Willkürregiment fällt, daß freiheitliche Verhältnisse dort Platz greifen. Ist doch die russische Reaktion noch immer die stärkste Stütze der deutschen Reaktion gewesen. Der Stieg der russischen Revolution wird deshalb auch eine Niederlage der deutschen Reaktionäre bringen.

Möge die russische Revolution deshalb bald von Erfolg gekrönt sein, im Interesse der russischen wie der deutschen Freiheit.

Die Kölner Gewerbegerichtswahlen sollen künftig nach dem Proportionalwahlssystem vorgenommen werden. Nach dem neuen Nachtrag zum Regulativ des Gewerbegerichts, wie er von der Kölner Regierung veröffentlicht wird, scheiden am 1. April 1907 sämtliche bisherigen Weiszer aus, für die Neuwahlen auf Grund der Verhältniswahl, und zwar auf die Dauer von fünf Jahren, vorgenommen werden. Die Zahl der Weiszer ist von 56 auf 80 erhöht worden, je 40 Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Bisher wurden die Weiszer auf sechs Jahre gewählt, und da alle drei Jahre die Hälfte ausfiel, waren von drei zu drei Jahren Ergänzungswahlen vorzunehmen, deren letzte im Dezember 1903 getätigt worden ist. In Zukunft finden Wahlen nur alle fünf Jahre statt, gewählt werden dann jedesmal sämtliche Weiszer. Für den Fall, daß von einer Kategorie der Wahlberechtigten (Arbeitgeber oder Arbeitnehmer) nur eine Vorschlagsliste eingereicht wird, gelten die darin bezeichneten Weiszer als gewählt. Die Wahl kommt dann in Wegfall. Auch der aus vier Arbeitgeber- und vier Arbeitnehmerweiszern bestehende Verwaltungsausschuß wird in Zukunft auf Grund der Verhältniswahl zusammengesetzt. Endlich also haben die Zentrumschriften ihren Willen!

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Den nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, den angegebenen wöchentlichen Lokalbeitrag neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben, und zwar ab 1. Dezember d. J.: Springe 5 Pf.; ab 1. Januar 1906: Brandenburg 15 Pf., Gaildorf 5 Pf., Barel 5 Pf.

Demnächst erscheint im Druck eine Agitationschrift für Stellmacher, enthaltend den Bericht über die Stellmacherkonferenz. Die Broschüre ist zur Gratisverteilung unter den Stellmachern bestimmt und ersuchen wir die Zahlstellenverwaltungen, Bestellungen umgehend einzufenden.

Um sowohl bei der Berufszählung der Mitglieder als auch bei der Zusammenstellung der Unterstützungsempfänger und allen sonstigen Statistiken eine größere Spezialisierung der Branchen, wie sie immer wieder aus den Mitglieder-treffen gewünscht worden ist, zu ermöglichen, ersuchen wir die Zahlstellenassistenten und sonstigen Funktionäre, fortan in allen Formularen (Mitgliedsbuch, Reiselegitimation, Arbeitslofen- und anderen Unterstützungsquittungen usw.) nicht mehr nur den Hauptberuf des Mitglieds (Tischler, Drechsler usw.), sondern möglichst die Spezialbranche (Klaviermacher, Polsterer, Stuhlbauer, Modelltischler, Stockarbeiter, Ramm-macher usw.) anzugeben.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt: 44091 Karl Darger, Schreiner, geb. 2. 1. 82 zu Oppersdorf. 67018 Georg Hardt, Tischler, geb. 13. 9. 82 zu Charlottenburg. 122026 Franz Steffen, Tischler, geb. 25. 6. 88 zu Garz. 124633 Rudolf Rosenhan, Tischler, geb. 1. 11. 84 zu Siebelen. 214159 G. Alb. Weinhold, Tischler, geb. 23. 10. 74 zu Freirode. 236733 Aug. Langensiepen, Schreiner, geb. 1. 3. 87 zu Dönberg. 268722 Rudolf Kayser, Tischler, geb. 27. 2. 85 zu Lanfischken. 273184 Ludwig Olles, Stellmacher, geb. 8. 1. 88 zu Krefeld. Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

Anfrage an Kollegen Klop.

Auf die Erwiderung in Nr. 47 unter „Bekanntmachungen des Vorstandes“ auf meine Ausführungen auf dem Parteitag in Jena richte ich hiermit an Kollegen Klop die Anfrage, warum antwortest Du nicht auf die Ausführungen:

„Als einmal in meiner Gewerkschaft der Gedanke auftauchte, dem Genossen Klop die Tätigkeit zu untersagen, bin gerade ich aufs entschiedenste dagegen eingetreten“, welche doch vor mir vom Kollegen Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses vom Holzarbeiterverband, auf dem Parteitag in Jena gemacht wurden? H. Stubbe.

Auf obige Anfrage habe ich zu erwidern, daß es nicht meine Aufgabe war oder sein konnte, gegen Kollegen Klop Schmidt vorzugehen, da dieser den Vorstand nicht angegriffen hat. Zudem war mir nicht bekannt, ob nicht irgendwo ein derartiger Gedanke auftauchte ist, dem entgegenzutreten Schmidt Veranlassung nahm. Anders liegt die Sache bei Stubbe. Dieser hatte dem Vorstand Maßnahmen unterstellt, die ich als unrichtig bezeichnen und denen ich somit entgegenzutreten mußte. Carl Klop.

Im „Vorwärts“ erklärt Kollege Robert Schmidt auf die dort veröffentlichte gleichlautende Anfrage des Kollegen H. Stubbe an den Kollegen Klop:

Genosse Stubbe fordert vom Genossen Klop eine Antwort auf meine Ausführungen in Jena, die in der Behauptung gipfeln, im Holzarbeiterverband sei seinerzeit der Gedanke auftaucht, dem Genossen Klop die politische Tätigkeit zu untersagen.

Ich bin durch die Anfrage genötigt zu erklären, daß ich mich in einem Irrtum befand, als ich diese Ansicht äußerte. Nicht aus Mitgliederkreisen kam das Ansinnen, sondern Genosse Klop äußerte im Jahre 1902 auf dem Verbandstag in Mainz selbst den Wunsch, seine umfangreiche politische Tätigkeit im Interesse des Verbandes einzuschränken. Dieser Ansicht trat ich auf dem Verbandstag unter allgemeiner Zustimmung entgegen und sprach den Wunsch aus, Klop möge seine Mandate im Landtag und in der Gemeindeverwaltung nicht aufgeben. Daß die Behauptung des Genossen Stubbe, der Vorstand des Holzarbeiterverbandes habe dem Genossen Klop die Ausübung seiner politischen Tätigkeit erschwert, un wahr ist, habe ich bereits auf dem Parteitag in Jena erklärt. R. Schmidt.

Korrespondenzen.

Cöln. In Nr. 46 des christlichen „Holzarbeiters“ befindet sich auch ein Artikel von der Gasmotorenfabrik Cöln-Deutz. Danach sollen acht Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes Streikbruch begangen haben, und es heißt am Schlusse desselben, daß den Genossen anscheinend jeder Streikbruch erlaubt sei. Durch genaue Anfrage bei den betreffenden Arbeitern haben wir folgendes festgestellt: Vier Zimmerleute war ein Dach zum Abreißen übertragen worden zum Preise von 20 Mk. Diese Arbeit sollten sie nach Feierabend ausführen. Die Zimmerer verlangten jedoch für die betreffende Arbeit 40 Mk., und als dieser Preis nicht bezahlt wurde, lehnten sie es ab, die Arbeit zu verrichten. Die Zimmerer und Fabrikarbeiter dieses Betriebs stehen unter der Leitung eines und desselben Meisters, und die Arbeit, die beide Teile zu verrichten haben, greift sehr häufig in das andere Fach über, und an sehr vielen Arbeiten läßt es sich überhaupt nicht entscheiden, ob es Zimmerer- oder Schreinerarbeit ist. Die Zimmerer setzten aber die Schreiner von der Ablehnung der betreffenden Arbeit nicht in Kenntnis, sondern gingen, als sie Feierabend hatten, nach Hause. Der Meister trat hierauf an die Schreiner heran, von denen zur fraglichen Zeit überhaupt nur vier dort beschäftigt waren, und ließ von diesen die Arbeit im Lohn machen. Die Schreiner, welche von dem Vorfall mit den Zimmerern nichts wußten, rissen das Dach an dem Abend noch nicht ab. Der anderen Abend haben dann die vier Zimmerer die andere Hälfte, ebenfalls im Lohn, abgerissen. Nun behauptet das Organ der Christlichen, die Schreiner wären Streikbrecher. Die Christen, welche während des letzten Schreinerstreiks Streikbrecher aus allen Gegenden Deutschlands nach Cöln schleppten, und ihr Zentralvorstand, welcher im christlichen Organ öffentlich zum Streikbruch aufforderte, macht hier den Versuch, Streikbrecher zu konstruieren, während die Schreiner nur eine Arbeit im Lohn verrichteten, welche Zimmerer im Afford verweigert hatten. Festgestellt ist aber, daß den Schreiner von der Ablehnung der Arbeit durch die Zimmerer nichts bekannt war, und damit fällt auch die christliche Behauptung, die Schreiner wären Streikbrecher, und entpuppt sich als eine gemeine Verleumdung. — Während des letzten Schreinerstreiks schleppten, wie bekannt, die Christlichen 350 Streikbrecher von auswärts nach Cöln und verhinderten dadurch einen Erfolg dieses Kampfes um Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Das Cölnler Unternehmertum hat aber schon zu einem großen Teil diesen Verräter an der Arbeiterschaft den schuldigen Dank gegeben. Dieser Dank ist allerdings etwas anders ausgefallen als beim Zentralvorstand dieses Streikbrecherverbandes Kurtzscheldt. Letzteren hielt das Unternehmertum nach seinem Verrat, den er an der Arbeiterschaft verübte, zum Stadtverordneten für befähigt und wählte ihn zum Stadtrat. Seine Berufscollegen aber, welche während des Streiks den Unternehmern so gute Dienste geleistet hatten, warf man aufs Pflaster, und mancher dieser Streikbrecher mußte sein Bündel schnüren und den Wanderstab ergreifen, weil die Kapitalisten seiner nicht mehr bedurften. In einem Betrieb schmolz die Zahl der christlichen Streikbrecher zusammen von 21 auf 6, und eine ganze Reihe von Fällen sind zu verzeichnen, wo die Unternehmer ihre Arbeiter, welche gestreift hatten und wieder in anderen Betrieben beschäftigt waren, veranlaßten, dort auszutreten und wieder bei ihnen anzufangen, und legten ihnen sogar auf ihren früheren Lohn zu, dafür entließen sie die an den betreffenden Plätzen stehenden christlichen Streikbrecher. — Nur einige unangenehme Nachspiele hat der Kampf für die Streitenden gezeitigt, indem eine ganze Reihe gerichtlicher Anklagen gegen dieselben erhoben wurden wegen Vergehen gegen die § 152 und 153 der Gewerbeordnung, sowie verschiedener Paragraphen des

Strafgesetzbuchs. Auch wurden mehrere Strafbefehle von 20 Mk. bis herunter zu 1 Mk. von der Polizei unseren Kollegen zugesandt, weil sie als Streikposten ein Verkehrshindernis gebildet hätten und der Aufforderung der Beamten, sich zu entfernen, keine Folge geleistet haben sollen. Nicht weniger als 60 unserer Kollegen haben ein Strafmandat oder eine Anklage erhalten. Bringt man diejenigen in Abzug, welche von den Streitenden abtraten oder anderweitig in Arbeit traten, so ist es der zehnte Teil der wirklich im Streik Gestandenen, welche mit der Behörde in Konflikt geraten sind. Eine so hohe Zahl von Anklagen ist wohl noch niemals bei einem Streik erfolgt. Diese hohe Zahl ist auch nur der Denunziationswut der christlichen Streikbrecher und einzelner Cölnler Unternehmer zuzuschreiben. Wegen aller möglichen und nichtmöglichen Vergehen haben die christlichen Streikbrecher unsere Kollegen bei der Behörde denunziert. Hausfriedensbruch, Totschlag usw. wird ihnen zur Last gelegt. Über mehrere dieser Fälle ist bereits verhandelt, ein Kollege wurde von dem Verbrechen des Hausfriedensbruchs freigesprochen. Er hatte als Baukontrolleur einen Neubau betreten und war hierbei von dem Bauherrn angehalten worden; letzterer ließ die Polizei rufen, und der Hausfriedensbruch war konstruiert. Ein anderer war wegen Begehung des Verbrechens des Totschlags, Beleidigung, Bedrohung, Schreierverletzung usw. angeklagt. Dieser erhielt vom Gericht 30 Mk. Geldstrafe. Er sollte, wie der Zeuge, Schreinermeister Lutz, auslegte, ihm das Wort Lutz zugerufen haben, etwas anderes konnte nicht festgestellt werden. Der Angeklagte behauptete jedoch, daß der Schreinermeister ihn zuerst Lutz tituliert, worauf auch er ihm gegenüber das Wort gebraucht habe. Auch Vollmer, der Vorsitzende der hiesigen Geschäftsstelle des christlichen Streikbrecherverbandes, hatte gegen einen unserer Kollegen Strafantrag gestellt wegen Beleidigung. Dieser sollte in einer Versammlung unseres Verbandes gesagt haben: „Vollmer, der christliche Galante, war auch dabei.“ Der überwachende Beamte jener Versammlung hatte dieses dem Vollmer mitgeteilt, und letzterer hatte Strafantrag gestellt. 5 Mk. Strafe setzte das Gericht als ausreichende Sühne fest. Die anderen Prozesse mögen nun ausgehen wie sie wollen, jeder dieser Prozesse wird die besondere Vorliebe der Cölnler Kollegen für den christlichen Streikbrecherverband nur steigern.

Darmstadt. Von der Vertragsstreue der Unternehmer können die Arbeiter oft ein Liedchen singen. So müssen wir, nachdem im Frühjahr ein Lohnvertrag mit den Arbeitgebern vereinbart wurde, jetzt wiederholt die Erfahrung machen, daß von Unternehmenseite der Vertrag Auslegungen erfährt, die stets zumungunsten der Arbeiter ausfallen. Es greift eine Preisdrückerei bei Auftragsarbeiten in den Fabriken an sich, wie sie kaum schlimmer vor Abschluß des Vertrags bestanden hat, und dabei geniert man sich nicht, diese Durchbrechung des von den beiderseitigen Organisationen abgeschlossenen Vertrags seitens der Arbeitgeber für korrekt zu halten. Der Winter steht vor der Tür, und da glaubt man einfach das unter dem Drucke eines flotten Geschäftsganges Bewilligte illusorisch zu machen. Man soll sich aber wohl hüten, den Bogen allzu straff zu spannen. Besonders zu klagen haben die Arbeiter der Alt er schen Möbelfabrik. In einer Werkstatteversammlung wurden die Verhältnisse daselbst besprochen und stellte sich dabei heraus, daß die Auftragsverhältnisse himmelschreiend sind. Anstatt die Preise, wie im Vertrag festgesetzt ist, um 5 Prozent zu erhöhen, kommt es vor, daß sie bis zu 50 Prozent reduziert werden. Beschwerten sich die Arbeiter, so werden sie, wie bei Glickert, noch obendrein verhöhnt und ihnen gesagt, wenn sie nicht billiger arbeiten wollen, so können sie gehen. Die Behandlung durch die Werkführer ist geradezu skandalös. Die Krone setzte dem Ganzen ein Vorkermittel auf, der einem seiner Arbeiter erklärte, er könne ihm den Durchschnittslohn nicht geben, da es die Profuristin nicht zulasse; er wolle ihm aber 1,10 Mk. aus seiner Tasche zulegen, verlangte aber tiefste Verschwiegenheit darüber. Das in den Darmstädter Zeitungen so viel gepriesene gute Einvernehmen zwischen den Arbeitern und ihren Arbeitgebern findet hierdurch eine sehr drastische Illustration. Bei einem Auftragsarbeiten wurden die Arbeiter durch die Redaktion des „Holzarbeiters“ gegen den Auftraggeber, den Zentralvorstand und gegen unseren Willen die Annoncen der Firma Alter aufgenommen hat, trotzdem diese Firma unseren Arbeitsnachweis am Orte nicht benutzt hat. Massenweise strömten die Kollegen herbei, die dann den Arbeitgebern ermöglichten, ferner den Kollegen den Stuhl vor die Tür zu setzen. Es wird jetzt hoffentlich diese Aufklärung dazu beitragen, daß reisende Kollegen, die im Vertrauen auf ihre Zeitung Fabriken überschweben, ihren arbeitenden Kollegen weniger Schwierigkeiten bereiten.

Dresden. Eine am 19. November von zirka 100 Kollegen besuchte öffentliche Modellistiker-Versammlung beschloß sich wiederholt mit der projektirten Modellistiker-Konferenz. Der ablehnende Bescheid des Hauptvorstandes wurde von Seiten der Kollegen mißbilligt, wie auch folgende einstimmig angenommene Resolution zeigt: „Die heute im Volkshaus tagende Versammlung der Modellistiker erhebt ganz energisch Protest gegen das Verhalten des Hauptvorstandes zur Modellistiker-Konferenz. Sämtliche Modellistiker von Dresden sprechen sich auch heute wieder in dem Sinne aus, daß eine Konferenz dringend notwendig sei, denn die Lage unserer Branche erweist sich fast unhaltbar und eine gegenseitige Aussprache um so notwendiger, weil nur dadurch verhindert werden kann, was uns der letzte Berliner Streik gezeitigt hat. An euch aber, Kollegen allerorts, richten wir den Aufruf: Laßt den bisherigen Schiedsrichtern, organisiert euch und beteiligt euch an unserer großen Sache, damit wir auch daran denken können, der Zeit angemessene Zustände zu schaffen. Denn nur Einigkeit macht stark!“ Der Erklärung des Hauptvorstandes, daß die geringe Beteiligung unserer Kollegen an der Diskussion im Verbandsorgan den ablehnenden Bescheid rechtfertige, konnte eine gewisse Berechtigung nicht versagt werden. Der stillen Agitation hier am Orte, welche anderwärts hoffentlich auch so gepflegt wird, haben wir es zu verdanken, daß 90 Prozent unserer Kollegen organisiert sind; trotz alledem kam die Versammlung zu der Ansicht, mehr an die Öffentlichkeit zu gehen, und wir ersuchen die Kollegen ganz Deutschlands, daselbe zu tun. Der zweite Punkt behandelte die Beschädigung der österreichischen Modellistiker-Konferenz in Wien, zu welcher wir eine Einladung erhalten haben. Auch hier beschloß die Versammlung, der Einladung Folge zu leisten und dies beim

Hauptvorstand zu beantragen.* Einwaige Austium und Anfragen sind zu richten an den Sektionsleiter Hermann Bahig, Modellistiker, Dresden, Fischhofplatz 8 II.

Düsseldorf. In der letzten Mitgliederversammlung gelangte unter anderem auch die Stellungnahme der „Holzarbeiter-Zeitung“ zum Vordruckschlitz zur Sprache. Fast sämtliche Redner sprachen sich gegen die Stellungnahme der „Holzarbeiter-Zeitung“ aus. Folgende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die heutige gut besuchte Versammlung legt gegen die sonderbare Stellungnahme im Vordruckschlitz entschieden Einspruch ein und ist der Ansicht, daß in tendenziöser Weise gegen die Zeitung der sozialdemokratischen Partei einseitig und unberechtigt verfahren ist.“

Großenhain. Die Firma Emil Kirchner ersucht uns, zu dem Agitationsbericht des Kollegen E. Schmidt nunmehr auch noch richtigzustellen, daß der Arbeitsverdienst der bei ihr beschäftigten Maschinenarbeiter, von 20 bis 34 Pf. pro Stunde, für eine 59stündige wöchentliche Arbeitszeit gilt. Für die 60., 61., 62., 63. und 64. Arbeitsstunde pro Woche werde auf diesen Lohn ein Zuschlag von 15 Prozent gewährt.

Hamburg. Die Sektion der Klavierarbeiter hielt zwecks Stellungnahme zu der am 30. Dezember in Jena einberufenen Konferenz eine Versammlung ab. Einleitend führte der Sektionsführer aus, daß der erste Punkt der Tagesordnung: „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Klavierarbeiter und deren Nebenbranchen“ äußerst wertvolles Material für die Branche bringen würde. Voraussetzung sei allerdings allseitige Beteiligung. Die nochmalige Aufmunterung der Dresdener Sektionsleitung in Nr. 46 der „Holzarbeiter-Zeitung“, unter Namhaftmachung der sich noch nicht gedruckten Städte, wird seine Wirkung wohl nicht verfehlen. In der vom Hauptvorstand herausgegebenen Broschüre: „Die Lage der Holzarbeiter“ sind wohl für die Klavierarbeiter allerlei Aufzeichnungen allgemeiner Natur vorhanden, aber das spezielle Eingehen in die Branchenverhältnisse muß eben durch die Konferenz und die dazu gehörenden Vorarbeiten der einzelnen Zahlstellen nachgeholt werden. Es geht aus der Verbandsstatistik von 1902, Tabelle 14, hervor, daß sich von 10760 beschäftigten Klavierarbeitern nur 8685 Personen beteiligt haben. In Hamburg zum Beispiel von 404 Beschäftigten nur 168 Kollegen usw. Wenn nun auch eine ganze Anzahl Kollegen sich als Tischler eingezeichnet hatten, so wird dieses doch nunmehr fortfallen und wird das Gesamtbild klarer und übersichtlicher sein. Es wird sich dann ja herausstellen, ob die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche von 55,4 Stunden oder der durchschnittliche Wochenverdienst von 23,74 Mk. wesentlich überholt ist bei den Klavierarbeitern. Ebenso das Organisationsverhältnis, welches für Männer mit 36,7 Prozent angegeben ist. Überhaupt wäre eine Gegenüberstellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Tischlerberufs mit der Klavierbranche, zumal in allen Städten, wo die Tischler abgeschlossene Arbeitsverträge haben, sehr angebracht. Der Bericht der Gauvorsitzer von 1904 mit dem Anfang gibt darüber schon einigen Anhalt. Über die Lage der Nebenbranchen, wie Mechanik- und Bestandteilefabriken, wird auf der Konferenz wohl wenig Erfreuliches berichtet werden. In der Hamburger Mechanikfabrik von Fyemann sind von 400 Arbeitern circa 60 Tischler beschäftigt, davon 6 organisiert. Dazu noch Verdienste von 12,70 bis 17,80 Mk. pro Woche; neben vierzehntäglicher Arbeitszeit sind noch eine ganze Reihe anderer Miststände vorhanden, die wohl der Abänderung bedürfen. Dem von einigen Zahlstellen angeregten Vorschlag zur Gründung einer Kommission zwecks Leitung der Agitation können die Hamburger Kollegen nur zustimmen. Zur Lohn- und Auftragsfrage stehen wir auf dem Standpunkt, daß in einer Branche, wo die Teilarbeit sehr vorgeschritten ist, es wohl schwer ist, die Lohnarbeit im allgemeinen durchzuführen; übrigens hat auch die Lohnarbeit ihre Nachteile. Gegen die Schäden der Auftragsarbeit schlägt uns auch eine gute Organisation, welche in stande ist, mit den Unternehmern möglichst gute und kurzfristige Tarifverträge abzuschließen. Dann wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die Hamburger Holzarbeiter fordern, daß der Hauptvorstand zu veranlassen, die Holzarbeiter der Konferenz sowie das gesamte Holzarbeiter-Organisationswesen zu unterstützen und die zur Agitation der Holzarbeiter der Konferenz zugestellten.“ Darauf wurde vom Sektionsführer berichtet, daß jetzt auch die Verhandlungen mit der Firma Steinway & Sons mit Erfolg beendet sind. Es haben die meisten Auftragsarbeiter eine Verbesserung der Auftragspreise bekommen. Weiter ist dem Auftragsarbeiter, wenn er im Lohn arbeitet, ein Ausgleichslohn bewilligt worden in der Höhe des Auftragsverdienstes nach Abzug von 2 Prozent. Alle diese Erfolge, welche wir im Laufe dieses Jahres erzielt haben, sind nur auf Grund unserer Organisation möglich gewesen. Mögen dies die Kollegen, die der Organisation noch fernstehen, bedenken; besonders die Mechaniker, daß nur durch eine gute Organisation etwas erreicht werden kann. Nach erfolgter Wahl eines Delegierten zur Konferenz und Erledigung einiger Verhältnisse angelegentlich trat Schluß der Versammlung ein.

Hannover. Am 19. November fand hier eine Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter statt, die zur Konferenz dieser Branche Stellung nahm. Kollege Buch empfahl in seinem Referat die Beteiligung an der Konferenz, ebenfalls Kollege Dörbe, der auch die Beschädigung der Konferenz empfahl. Es sei auf der Konferenz besonders eine Aussprache zwecks einheitlichem Arbeiten zur Herbeiführung kürzerer Arbeitszeit, geregelter Lohnverhältnisse, eine Aussprache über die Frage Auftrags- oder Lohnarbeit, der Arbeitsvermittlung nötig. Auch sei eine ausgiebige Erörterung der Agitation unter den Kollegen geboten. Es müsse bald ermöglicht werden, die gesamte Klavierarbeiter-Schaft dem Holzarbeiterverband zuzuführen. Die Versammlung beschloß, die Konferenz zu beschicken, und wählte den Sektionsleiter Kollegen Buch zum Delegierten für Hannover.

Landshut a. M. Auf unsere letzte Korrespondenz von hier sendet uns die Firma Ferdinand Bendix Söhne unter

* Der Vorstand hat sich in seiner Sitzung vom 22. November bereits mit der Einladung der österreichischen Modellistiker an beschlossene Modellistiker-Sektionen unseres Verbandes zu einer Modellistiker-Konferenz in Wien beschäftigt. Eine Beteiligung der deutschen Kollegen an dieser Konferenz wurde abgelehnt. Es würde denn doch zu weit führen, nun auch noch ausländische Branchenkonferenzen zu beschicken.

Berufung auf § 11 des Preßgesetzes eine Berichtigung, die wir dem Wortlaut nach veröffentlichen, obwohl sie den Rahmen einer preßgesetzlichen Berichtigung überschreitet.

Landsberg a. W., 28. November 1905. Es wurden im vergangenen Jahre von uns sechs oder sieben Tischler entlassen, nicht weil sie zum Holzarbeiterverband gehörten, sondern weil sie mit unseren Lohnsätzen unzufrieden waren, während die anderen ungefähr 50 Tischler, von denen außer den entlassenen eine ungefähr gleiche Anzahl dem Holzarbeiterverband angehört, mit ihrem Verdienst zufrieden waren und zum Teil noch heute bei uns arbeiten.

Es ist ferner falsch, daß der Chef zu Voigt gesagt hat: „Sie sind im Verband, und das genügt; bei der nächsten Gelegenheit fliegen Sie hinaus.“ Der Direktor hat dem Tischler Voigt vielmehr wörtlich gesagt: „Mir ist es gleich, ob ein Arbeiter dem Gewerksverein oder dem Holzarbeiterverband angehört. Ebenso wie ich es als verächtlich bezeichnen würde, wenn mich jemand meines Glaubens wegen angreift, genau so falsch halte ich es, einen Unterschied darin zu machen, ob jemand diesem oder jenem Verein oder Verband angehört. Das verlange ich aber von meinen Arbeitern, daß sie nicht falsche über die Firma zum Schaden derselben verbreitete Gerüchte durch ihr Auftreten wider besseres Wissen als wahre kennzeichnen.“

Es ist ferner unklar, daß der Direktor durch die beiden anwesenden, dem Gewerksverein angehörenden Tischler von dem Auftreten des Voigt gegen die Firma unterrichtet worden ist. Der Direktor hat denselben ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die beiden anwesenden Tischler deshalb ins Kontor gerufen worden seien, damit Zeugen gegen sich für das, was dem Voigt gesagt wurde.

Endlich erklärte der Direktor dem Voigt, daß er nicht entlassen werden solle, zumal er dieses Jahr das Unglück hatte, in einer Schlägerei ein Auge zu verlieren, und weil der Direktor der Meinung ist, daß der Verdienst des Voigt bei einem anderen Arbeitgeber merklich geringer sein würde. Schließlich verlangte der Direktor von dem Tischler Voigt, daß er nicht wieder unwahre Gerüchte über die Firma verbreiten helfe, da das Mitleid, das der Direktor mit Voigt wegen Verlust des Auges habe, ihn im Wiederholungsfalle nicht vor Entlassung schütze.

Hochachtungsvoll
Ferdinand Wendig Söhne
Aktiengesellschaft für Holzbearbeitung.
F. W. Robert Malachie.

Leipzig. In der am 21. November abgehaltenen Versammlung der hiesigen Musikarbeiter hielt zunächst Arbeiterssekretär Genosse Lüttich einen sehr instruktiven und mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Gewerksinspektion“. Sodann sprach der Sektionsleiter Kollege Schulz über die Klavierarbeiterkonferenz in Zeitz. Er führte aus, daß unsere Stellung dazu schon bekannt sei. Die von einigen Zahlstellen angeregte Schaffung einer Zentralstelle für Klavierarbeiter und von Einheitslöhnen für einzelne Branchen würden jedenfalls noch Illusion bleiben, da die Vorbedingung hierfür, die gute örtliche Organisation, oft noch fehlt und die Produktionsverhältnisse zu verschiedene sind. Der Redner kommt dann auf den Artikel in Nr. 46 „Zur Klavierarbeiterbewegung“ zu sprechen. Er weist den darin enthaltenen Vorwurf, daß die hiesigen Kollegen dieser Sache gleichgültig gegenüberstehen, energisch zurück, denn bereits in einer Versammlung im Juli haben wir uns damit beschäftigt und ist in Nr. 39 dieser Zeitung unser Standpunkt dazu präzisiert worden. Wenn wir nun auch eine gegenseitige Meinung von dem Nutzen dieser Konferenz haben als der Artikelfreiber von Dresden, so berechtigt das diesen, der übrigens in Leipzig nicht unbekannt zu sein scheint, noch lange nicht, uns mit Anwürfen wie „Bundesgenossen der Unternehmer“ zu bombardieren. Nach sehr lebhafter Debatte über den Wert solcher Branchenkonferenzen wurden die Kollegen Schulz und Müller als Delegierte gewählt.

Malachin. Am 28. November sprach hier Kollege Falkenberg-Stettin über die Entwicklung, Nutzen und Zweck unserer Organisation. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag ließen sich zwei Kollegen in den Verband aufnehmen. Leider waren die unorganisierten Kollegen der Firma Brenner, Hofschlermeister, wieder nicht erschienen, obwohl sie brieflich eingeladen waren. — Kollegen, in der G. B. und Klimbingervereinen seither stets zahlreich vertreten. Besser wäre es, wenn ihr euch endlich eurer Arbeiterpflicht erinnern und dem Verband beitreten wöllt, damit wir hier in Malachin endlich mit den mittelalterlichen Verhältnissen, mit dem Kost- und Logiswesen sowie mit der eifrigen Arbeitszeit aufräumen könnten. Unsere Versammlungen finden regelmäßig alle Sonnabend nach dem 15. jedes Monats im „Deutschen Hause“ statt. Die durchreisenden Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Herberge jetzt ebenfalls im „Deutschen Haus“ befindet.

Welschbach i. Thür. Es sind nun bald vier Monate, daß eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes gegründet wurde. Welcher Druck am hiesigen Orte auf den Arbeitern lastet, zeigt das Wachstum unserer Zahlstelle, welche bei der Gründung 96 Kollegen zählte, heute aber die Zahl 170 bereits überschritten hat. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen hier am Orte viel zu wünschen übrig, ja man kann sagen, daß es die traurigsten in Thüringen sind; beträgt doch der Durchschnittslohn noch nicht einmal ganz 18 Mk. bei 65 bis 66 Stunden Arbeitszeit. Kollegen, rafft euch auf, erwacht aus eurem Schlafe, besucht die Versammlungen fleißiger wie bisher, besprecht eure Lage, denn es ist an der Zeit, daß wir bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen wie die jetzigen, wo sich die Frau mitbinden und plagen muß, um nur das Leben zu fristen, worunter die ganze Familie leiden muß. Es ist etwas Trauriges, was die Unternehmer uns hier bieten, zählt doch eine hiesige größere Thermo-meter- und Holzwarenfabrik verheirateten Arbeitern, welche schon 15 bis 18 Jahre im Geschäft sind, pro Woche 13,30 bis 13,50 Mk., wofür 20 Stunden Lohn, was? Beträgt das doch pro Stunde 20 oder 21 Pf. Aber wenn ein Arbeiter eine Stunde verkommt, werden sogar 30 Pf. abgezogen. Kollegen, wollt ihr solche Verhältnisse

noch länger bestehen lassen. Kommt alle zur Versammlung und bringe jeder einen Kollegen mit, damit wir zur Besserung unserer Lage mehr als bisher wirken können.

München. (Stuhlbauer und Volkergestellmacher.) Um über die Verhältnisse dieser Branche eine gründliche Aussprache herbeizuführen, fand hier am 26. November eine Versammlung statt, in der Kollege M. Raith als Referent zunächst die verschiedenen Phasen der technischen Entwicklung sowie die zunehmende Verwendung der Maschine im Schreiner- und Tischlergewerbe schilderte. Diese fortschreitende Entwicklung bringt eine stets größer werdende Arbeitsteilung, welche wieder bei raffinierter Spezialisierung der einzelnen Teilarbeitszweige mit Hilfe der Akkordausbeutung für die Arbeiter die schlimmsten Folgen zeitigt, sofern nicht rechtzeitig diesem entgegengetreten werde. Diese Spezialarbeiter in der Holzindustrie aufzuzüchten und sie der Organisation zuzuführen, um mit deren Hilfe eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, lasse sich der Holzarbeiterverband ganz besonders in den letzten Jahren anstrengen, doch sei es hierbei dringend notwendig, die Zustände eingehend zu untersuchen und das gewonnene Material bei der Agitation zu verwerten. Der Verbandsvorstand habe seither zu diesem Zwecke eine Reihe von Konferenzen veranstaltet, wie die der Hartgummidrehler, Parkettleger, Korbmacher, Stockarbeiter und Stellmacher. In den nächsten Wochen finden noch solche der Bürstenmacher und Klavierarbeiter statt. Auch aus den Kreisen der Kollegen der Stuhlbranche werden bereits Stimmen laut für eine solche allgemeine Aussprache auf einer Konferenz; Redner hält die Zeit hierzu jedoch noch nicht für gekommen, da die Diskussion hierüber in unserem Fachorgan erst eine regere werden müßte. Namentlich aus den Orten, in welchen die Stuhlbranche hauptsächlich in Betracht kommt. Vor allem gelte es, die Stuhlbauer für die Organisation zu interessieren, und wird der Vorstand auch hier keine Mittel scheuen, um Ersprießliches zu erreichen. — Die Diskussion bewegte sich in zunehmendem Sinne zum Referat und wurden die hierorts bestehenden Mißstände einer eingehenden Kritik unterstellt. Nachstehende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: Die heutige Versammlung der Kollegen der Stuhlbranche erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Raith vollständig einverstanden und begrüßt es die Anwesenden, daß seitens der Organisation tatkräftige Schritte unternommen werden, für die so dringend notwendige Verbesserung der Lage unserer Spezialberufe die Kollegen zu interessieren. Die Versammlung appelliert gleichzeitig an die Stuhlbauer allerorts, durch eine eingehende Aussprache über unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse weiteres Material der Öffentlichkeit durch unser Fachorgan zu übermitteln, um hierdurch weitere Mittel und Wege zu energischer Besserung dieser Zustände ausfindig zu machen. Die Versammlung erklärt sich mit der Aufstellung eines Vertrauensmannes einverstanden, der das eingehende Material in geeigneter Weise zu verarbeiten und dasselbe der Öffentlichkeit durch die Presse zugänglich zu machen hat. Im Verfolg obiger Resolution wurde der Kollege Otto Bohnert, München, Pariserstraße 36 I, als Vertrauensmann der hiesigen Stuhlbauer nominiert.

Penzberg. In einer am 19. November in Kochel im Restaurant „Herzogshaus“ stattgefundenen gut besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung referierte Kollege M. Wittenhofer-München über das Thema: „Warum müssen sich die Holzarbeiter organisieren?“ Der Referent entwarf für seine vortrefflichen Ausführungen reichen Beifall. Überwacht war die Versammlung von dem Herrn Volksschullehrer von Kochel, angeblich im Namen des Bezirksamtes; wohl das Neueste auf dem Gebiet der Überwachung von Arbeiter-versammlungen. — Was Penzberg selber anbetrifft, so stehen, obwohl die Organisation in diesem Jahre in der Holzbranche gute Fortschritte gemacht hat, ziemlich viele Kollegen dem Verband interessellos gegenüber. Besonders die Kollegen, welche bei der oberbayerischen Aktiengesellschaft für Kohlenbergbau beschäftigt sind, glauben, sie haben keine Organisation nötig, da sie ja in Bestenstellung haben. Wenn sie nur sich nicht so sehr in die Hände nehmen lassen, aufgerüttelt werden, so können sie auch ohne die Unterstützung der Holzarbeiterbewegung bei, denn nur durch den Verband kommt ihr Verbesserung eurer Lebenslage erlangen. Hoch die Organisation!

München. Unsere letzte Mitgliederversammlung hat beschlossen, zu der von der Hauptkassiererin gezahlten Arbeitslosenunterstützung am Orte einen Zuschuß aus Mitteln der Lokalkasse zu zahlen. Bei diesem Zuschuß sollen alle Voraussetzungen, welche in dem Verbandsstatut vorgesehen sind, ebenfalls als Grundlage dienen. Eine Karenzzeit für am Orte gezahlte Extrainterstützung wird nicht verlangt. Unterstützungen werden wie folgt gezahlt: 1. Klasse 50 Pf., 2. Klasse 1 Mk., 3. Klasse 1,50 Mk., 4. Klasse 2 Mk., 5. Klasse 3 Mk. pro Woche aus der Lokalkasse. Diese Unterstützung tritt mit dem 1. Januar 1906 in Kraft.

Necklinghausen. Hier war es nach langen Bemühungen endlich wieder einmal gelungen, ein Versammlungslokal zu erlangen. Es ist bezeichnend für die hiesige Gegend, daß, trotzdem hier viele Tausende von Arbeitern beschäftigt sind, Versammlungslokale den Arbeitern nicht zur Verfügung stehen, infolge der Mächenschaften der Polizei und der Rückständigkeit der Wirte. So mußten wir auch diesmal eine Mitgliederversammlung abhalten, in der denn die Gründung einer Zahlstelle des Verbandes vorgenommen wurde. Dreißig Kollegen gehören der neugegründeten Zahlstelle an. Hoffentlich schließen sich auch alle uns noch fernstehenden Kollegen an. Die Versammlungen sollen alle vierzehn Tage stattfinden. In der Versammlung hielt Kollege Hartung-Überfeld einen Vortrag. — Die Kollegen Necklinghausens sind hoffentlich ihr Möglichstes, um unsere Organisation hier zu festigen. Sie lassen es hoffentlich auch an einer Unterstützung unseres Vereinswirtes nicht fehlen.

Troffingen. Die Lebenslage der hiesigen Arbeiterschaft ist gewiß keine günstige. Gegen 200 Arbeiter sind in der Holzbranche beschäftigt. Nur schwer sind sie zum Anschluß an die Organisation zu bewegen. Sie sehen nicht ein, daß die Unternehmer, trotz ihrer hohen sozialen und guten wirtschaftlichen Stellung, noch eine große Organisation geschaffen haben, um ihre kapitalistischen Interessen recht wirksam vertreten zu können. Durch die fleißige Agitation der Schwermühtiger Kollegen hat sich auch hier ein guter Stamm organisierter Arbeiter gebildet. Doch muß sich der Organisationsgedanke immer noch mehr vertiefen, wenn sich die Lebens-

haltung der Arbeiterschaft bessern soll. Der neue württembergische Steuerzettel, die neuesten Pläne der Reichsregierung, die Handelsverträge usw. werden noch manchem unserer Kollegen die Augen öffnen. Auch die zugereisten Kollegen müssen sich sofort der Organisation anschließen, denn nur „vereinigte Kraft führt zum Ziele“.

Werdau. Am hiesigen Orte gibt es so viel zu verbessern, daß man nicht weiß, wo anfangen; sind doch zum großen Teil die Organisierten nur der Unterstützung wegen im Verband, sobald es aber heißt, einzutreten für Verbesserung der Lage der Gesamtheit, da fehlt es an der alten Energie früherer Jahre. Durch außerordentliche Agitation und Ausnutzung der Stellmacherkonferenz war es uns gelungen, die Holzarbeiter der hier am Orte befindlichen Sächsischen Waggonfabrik zum größten Teil zu organisieren, so daß wir die Hoffnung hatten, auch in diesem Vertriebe geordnete und stabile Arbeitsverhältnisse einführen zu können. Aber am 17. November wurde 25 Arbeitern (Stellmachern und Tischlern) gekündigt, trotzdem zwei Tage vorher noch ein Tischler als Minister i. W. eingestellt wurde. Man kann sich das Gefühl der Betroffenen denken; es ist kein Vergnügen, drei Wochen vor Weihnachten als Arbeitsloser auf der Landstraße zu liegen. Wohl wurde die Betriebsleitung über diese Maßnahme von einigen unserer Kollegen zur Rede gestellt, wobei ihnen gesagt wurde: „Es geschehe nur aus Mangel an Arbeit, und die Kollegen seien auch nicht entlassen, sondern nur beurlaubt.“ Nach langem Hin- und Her konnten die Kollegen auch weiter nichts erreichen, als daß wenigstens die Beurlaubten verschont werden sollten. Aber eine schönere Ausrede, als wie „beurlaubt“, kann es gar nicht geben, wenn man bedenkt, daß betreffende Firma das ganze Jahr fast überall Arbeiter gesucht hat und wie und woher solche kamen auch einstellte, trotzdem die schon in Arbeit stehenden mitunter tagelang nicht wußten, wie sie die Zeit verbringen sollten. Was ist das für eine Zeitung? Was steckt da dahinter? Kollegen, seit Jahren bereits genannte Waggonfabrik diese Arbeiterjucherei; unsere Pflicht ist es, diesem Treiben ein Ende zu machen, indem ihr uns in dieser Weise unterstützt, so daß kein Kollege, ohne sich vorher bei uns befragt zu haben, in genannter Fabrik Arbeit nimmt. Der Verband hat hier schon zu viel Barmherzigkeit geliebt über Kollegen mit sechs, acht und neun Kindern, welche hierher gelockt und nach kurzer Zeit entlassen wurden, dem Glend preisgegeben, wenn wir nicht eingegriffen hätten. Und so steht es jetzt auch zum Teil mit den 25 Entlassenen, welche landfremd sind und nun drei Wochen vor dem „Christfest“ von den christlichen Kapitalisten zum „Bagabund“ gemacht werden. Das darf nicht mehr geschehen. Wir bitten deshalb auch die Verwaltungen, die Kollegen darauf hinzuweisen und unsere Sache zu beherzigen. Denn unser Kampf ist euer Kampf.

Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern nach Anklam (W. Oldenburg), Augsburg, Glin a. Rh., Fischbach i. Taunus (Schmidt), Fürstentum Walde a. Spre, Geesthacht, Halberstadt, Langensfeld bei Hamburg (Zimmermeister Schröder), Liegnitz (Tsch), Mühlhausen in Thüringen, Dels, Prieß (Schulze);
- Tischlern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Burgdam (Krusse), Glin;
- Holzarbeitern aller Branchen nach Blomberg;
- Drechslern nach Bernau (Müller), Goswig (H. A. Möller Nachf., Jnh. W. Pommt), Lauterberg (Hilfgeist);
- Gummidrechslern nach Leipzig;
- Stockdrehlern nach Hamburg, Brüssel;
- Musikinstrumentenarbeitern nach Bamberg (F. G. Neupert), Liegnitz (M. Freytag), Mannheim (Scharf & Hauck), Stuttgart (B. Bape);
- Korbmachern nach Liegnitz (Konehny), Stettin.

In Berlinchen ist es in den beiden Stuhlfabriken zu ersten Differenzen gekommen. Bei der Firma Messon wurde ein Kollege wegen der Zugehörigkeit zur Organisation gemahnt, bei der Firma Zahnke aus demselben Grunde zwei Kollegen. Der Zweck dieser Maßregelung, die Organisation zu vernichten, wurde aber nicht erreicht, worauf bei der Firma Messon beschäftigte Bevollmächtigte auch noch entlassen wurde. Daraufhin wurde sowohl bei der Firma Messon als auch bei der Firma Zahnke eine Kommission vorstellig, der von beiden Firmen zugesichert wurde, daß Kollegen wegen Zugehörigkeit zur Organisation künftig nicht mehr entlassen werden sollten. — Kollegen, würdigt dieses Zugeständnis und agitiert fleißig für unsere Sache, damit wir hier endlich einmal eine gute Organisation und mit Hilfe derselben bessere Arbeitsverhältnisse erzielen.

In Burgdam haben bei der Firma Kruse 26 Kollegen, Tischler, Drechler und Maschinenarbeiter, wegen Vertragsbruch die Arbeit niedergelegt. Zuzug nach hier ist zu meiden.

In Dresden ist, wie bereits berichtet, der Streik bei Litzke beendet, doch nicht resultatlos. Handwerker sind jetzt feste tätig, die Mißstände zu beseitigen; Läden werden an den Aborts angebracht, Waschgelegenheiten geschaffen, Anstaltsräume und sonstige Verbesserungen hergestellt. Während bisher Stundenlöhne bis höchstens 28 Pf. bezahlt wurden, bestimmen jetzt Anfänger einige 30 Pf. Auch sind schon auf verschiedene Akkordpositionen Aufbesserungen erfolgt. Die Firma wird es wohl so leicht nicht wieder zum Kampfe kommen lassen. Daß die Erzielung eines direkten Erfolges ummöglich wurde, war Schuld der vielen Arbeitswilligen. Die in einer Großstadt immer zu findenden Gelegenheitsarbeiter wurden eingestellt. Die Streikenden, 118 Mann, sämtlich jung organisiert, hielten bis auf sechs geschlossen zusammen. Geschlossen wurde der Streik abgebrochen. Leider konnten nicht alle wieder eingestellt werden, so daß ein Drittel noch ausgeperrt, nicht, wie wir irrtümlich berichteten, hineingelaufen ist.

In Hammerstein bei Wobitz (Abeinland) sind in der Wuppertaler Möbelindustrie von Götterb sämtliche Holzarbeiter ausgeperrt wegen Nichtanerkennung der Fabrikordnung. Zuzug fernhalten.

In Br. Holland haben unsere Kollegen (Stuhlauer) in der Stuhlfabrik von Schlüssel & Komp. mit Hilfe des Verbandes nach eintägigem Streik eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 10 Prozent erreicht. Möchten die Kollegen stets so wie diesmal einzig zur Sache stehen, dann kann auch künftig ein Erfolg nicht ausbleiben.

In Stuttgart ist der Streik in der Klaviaturenfabrik von P. Pape nach fünfwöchiger Dauer für beendet erklärt und über den Betrieb die Sperre verhängt worden. Die Streikenden haben anderweitig Arbeit genommen. Die Bewegung, die wegen einer fünfprozentigen Lohnerhöhung und Regelung der Arbeitszeit inszeniert, ist somit ergebnislos verlaufen. In Betracht kam, daß außer dem Bruder des Unternehmers sich noch ein weiterer Streikbrecher gefunden, und daß Herr Pape seinen Betrieb wesentlich eingeschränkt hat. Wir bitten, bis auf weiteres diesen Betrieb zu meiden.

Aus den Berufen der Holzbranche.

O. Post. In Berlin ist unser langjähriges Mitglied Otto Post aus dem Leben geschieden. Der Verstorbene war in den achtziger Jahren bereits Mitglied seiner Gewerkschaft, des Fachvereins der Tischler. Als dieser in dem Tischlerverband und später in dem Holzarbeiterverband aufging, übernahm Otto Post die Geschäfte des Mandanten, die er zwei Jahre führte, und war dann zehn Jahre ununterbrochen Revisor des Verbandes. Obgleich in den letzten Jahren kränklich, ließ er es sich nicht nehmen, weiter in diesem Amte tätig zu sein, wie er auch stets bemüht war, mit seinen ganzen Kräften für die Organisation zu wirken. Sein Andenken in Ehren.

Der Vergolderverband hat durch Abstimmung mit großer Majorität sich für Anschluß an den Holzarbeiterverband ausgesprochen. An der Abstimmung beteiligten sich 1896 Kollegen, von denen sich 1019 für Anschluß an den Holzarbeiterverband aussprachen. Ob der Anschluß nun perfekt wird und wann er sich vollzieht, ist damit allerdings noch nicht entschieden, darüber beschließt endgültig die Generalversammlung des Verbandes.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Nach dem Reichsarbeitsblatt hatte die Holzindustrie im Monat Oktober, vielleicht mit Ausnahme der Sägewerke, in denen die Kampagne erst beginnt, mit geringen Ausnahmen gut zu tun. In der Berliner Möbelfabrikation herrscht Hochsaison. Die Arbeiterverhältnisse waren im allgemeinen geregelt. Vereinzelt nur wurde über Arbeitermangel oder kleinere Lohnerhöhungen berichtet. In der Riffenfabrikation war lebhaft zu tun, auch machte sich, wie stets vor Weihnachten, in der Goldleistenfabrikation ein etwas regeres Geschäft bemerkbar. Im Turm- und Transportwagenbau ist die Konjunktur besonders gut, vor allem wegen der günstigen Lage der Automobilbranche. Im Waggonbau lagen sowohl für Personen wie Güterwagen reichliche Aufträge vor. Die Arbeitslage wird als besser als im Vorjahr bezeichnet. Ungelernte Arbeitskräfte boten sich reichlich an. Die Spielwarenindustrie Sonnebergs bot im Oktober entprechend dem Fortschreiten der Saison ein im allgemeinen günstiges Bild.

Gewerkschaftliches.

„Zuchthausvorlage.“

Sehnsucht nach einer neuen Zuchthausvorlage verrät die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“. Im Hinblick auf die für die nächste Reichstagsession bevorstehenden Verhandlungen über den in Aussicht stehenden Gesetzentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine hat sie sich von einem Verwaltungsjuristen ein kriminalrechtliches Gutachten über den Generalstreik besorgt, dessen Kern sich zu folgender niedlichen Gesetzespermutation verhält:

„Wer außer zu den in § 152 Abs. 2 bezeichneten Personen es unternimmt, Arbeitsstellen von Arbeitnehmern, welche infolge ihres Umfanges geeignet sind, das Deutsche Reich in wirtschaftlicher Hinsicht durch Unterbindung seiner Produktion, seines Handels oder seines Verkehrs dem Ausland gegenüber zu schädigen, wird ... bestraft.“

Das gleiche gilt, wenn die Schädigung nur einen Bundesstaat oder mehrere einzelne Bundesstaaten betrifft.

Sind durch die im Abs. 1 bezeichneten Handlungen wirtschaftliche Nachteile eingetreten, so kann die Strafe bis auf ... erhöht werden.“

Um hinsichtlich der vorläufig nur diskret durch Punkte angedeuteten Strafhöhe keine allzu humanen Vorstellungen zurückzulassen, fügt der juristische Hausknecht des Herrn v. Reisswitz bedeutungsvoll hinzu: „Natürlich müßten die Strafen, falls die ganze Gesetzesvorschrift ihren Zweck erfüllen und abschreckend wirken soll, exemplarische sein. Wo es sich um die Existenzbedingungen der Gesamtheit handelt, da muß jede Empfindsamkeit beiseite bleiben und die Erwägung vorherrschen, daß es besser ist, wenn der einzelne unverantwortlich handelnde Agitator auf schwerste getroffen wird, als wenn das nationale Unglück eines Generalstreiks die Existenz vieler verbrennend bedroht.“ — Also Todesstrafe im Falle des Absatz 1, neben der der Richter im Falle des Absatz 2 noch auf lebenslangliches Zuchthaus erkennen kann!

Bereits erwartet die „Arbeitgeber-Zeitung“ für ihren Vorschlag den Namen „Zuchthausvorlage“, den sie freilich als sachgemäßes Eingehen auf die von ihr erörterte Frage nicht gelten lassen will. Wie kann sie aber eine sachgemäße Aufnahme erwarten gegenüber einem Plane, der die Erweiterung von an sich völlig berechtigten Zwecken mit an sich völlig legitimen Mitteln zum Hoch- oder Landesverrat zu stempeln versucht, bloß weil solchen unbequemen Bestrebungen nach Lage der geltenden Gesetzgebung schlechterdings nicht beizukommen ist?

Wie man sieht, wünscht man eine Wiederbelebung der seligen Zuchthausvorlage vom Jahre 1899. Diese Vorlage

bedrohte ja auch die „Mädelzfürer“ bei Umständen mit mehrjähriger Zuchthausstrafe. Daß durch ein solches Gesetz nicht nur der Generalstreik, sondern jeder Streik getroffen werden sollte, verrät die „Arbeitgeber-Zeitung“ ja schon dadurch, daß sie das Vorgehen gegen die „Keime“ eines Generalstreiks empfiehlt. Wozu gäbe es aber findige Staatsanwälte, wenn man nicht in jedem gewerblichen Zustand den Keim eines Generalstreiks nachweisen könnte.

Das Verlangen der „Arbeitgeber-Zeitung“, das natürlich von den Schlarfacherorganen warm befürwortet wird, zeigt aber wieder den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie verhaßt dem Unternehmertum das Koalitionsrecht ist, und daß die Koalitionsfreiheit nur durch die Erringung der politischen Freiheit wirksam gesichert werden kann!

Bürgerliche Blätter wissen bereits mitzuteilen, daß der in Aussicht stehende Gesetzentwurf betreffend die gewerblichen Berufsvereine wenn auch keine Zuchthausvorlage im Sinne der „Arbeitgeber-Zeitung“, so doch Strafbestimmungen gegen jene Vereine enthält, die sich an Umständen beteiligen, durch welche die Allgemeininteressen geschädigt werden.

Die gewerkschaftliche Arbeiterschaft wird selbstverständlich mit allen Mitteln solche Bestimmungen bekämpfen. Das wäre auch noch schöner, wenn die deutsche Arbeiterschaft sich in dem Jahre der russischen Revolution eine Einschränkung ihres ohnedies kümmerlichen Koalitionsrechtes bieten lassen wollte.

Ausführungen. Im sächsisch-thüringischen Textilindustriegebiet ist die Arbeit Mitte voriger Woche zu den von dem Textilindustriellenverband festgesetzten Bedingungen wieder aufgenommen worden. Die Arbeiter haben eine Niederlage erlitten, ihre Organisation vermochte das organisierte Unternehmertum nicht niederzujagen. Der Kampf ist — vorläufig — beendet. Auf wie lange, das wird davon abhängen, wie die Fabrikanten ihre direkt und indirekt abgegebenen Versprechungen halten und weitere Zugeständnisse machen, nicht zuletzt aber auch davon, ob die Arbeiter, besonders die leider noch große Zahl der Indifferenten, die richtige Lehre aus dem Kampfe ziehen werden. Die Wiederaufnahme der Arbeit hat sich glatt vollzogen. Mögen die Textilarbeiter ungefährmt mit der Kräftigung ihrer Organisation beginnen.

Mehr Bauarbeiterschutz! Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutz in Hamburg (G. Heintze, Hamburg 7, Befestigungsbau 56 II) hat beschlossen, Anfang Dezember an den Reichstag eine Petition betreffs der reichsgesetzlichen Regelung des Bauarbeiterschutzes zu richten. Die Petitionsbogen werden von der Zentralkommission in den nächsten Tagen ausgegeben werden. In den Verbands- und öffentlichen Versammlungen der nächsten Tage muß die Frage des Bauarbeiterschutzes in eingehender Weise behandelt und dabei auf die Pflicht hingewiesen und aufmerksam gemacht werden, die Petitionsbogen zu unterzeichnen. In jeder Versammlung, Werkstatt und bei jedem Bau müssen Petitionsbogen vorhanden sein, um jedem Arbeiter des Baugewerbes Gelegenheit zur Unterschrift zu geben. Die Vertrauenspersonen der Bauarbeiterschutzzkommission werden durch ihr unterstühendes und ordnendes Eingreifen dafür Sorge tragen, daß diese Petitionsbewegung der Arbeiter sich zu einer großartigen Kundgebung gegen die bestehenden Mißstände bei Bauten und für eine gesunde Regelung des Bauarbeiterschutzes durch die Reichsgesetzgebung gestaltet.

Friedrich Holzhäuser. Am 27. November ist in Berlin nach längerem Krankenlager der Mitbegründer und frühere Vorsitzende des Schneiderverbandes, Friedrich Holzhäuser, gestorben. Holzhäuser hat sich bereits in den siebziger Jahren an der Schneiderbewegung rege beteiligt. Und als in der dem Sozialistengesetz die Schneidervereine in größerer Zahl entstanden, war er einer der ersten, der die Gründung einer Genossenschaft der Schneider beabsichtigte. Im Jahre 1888 kam die Gründung des Schneiderverbandes zustande, dem er von 1890 bis 1902 als erster Vorsitzender vorgestanden hat. Von letzterem Jahre ab hat er in seiner Organisation, der er seine besten Kräfte opfert hat, die Stellung eines zweiten Vorsitzenden bekleidet.

Die englischen Trades-Unionkongresse sollen abgeschrieben werden. Die Gewerkschaft der Zimmerer schlägt vor, die Kongresse, die schon seit vielen Jahren alle wirkliche Bedeutung verloren haben, aufzugeben und die gemeinsamen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einheitlich durch das Labour Representation Committee (Komitee für Arbeitervertretung) wahrnehmen zu lassen. Vor dem nächsten Gewerkschaftskongress in Liverpool soll allen Delegierten die Frage vorgelegt werden, wie sie zu einer Beilegung dieser überflüssigen Zusammenkünfte stehen, und wenn sich eine genügend große Anzahl Stimmen dafür findet, ein dahingehender Antrag auf dem Kongress eingebracht werden.

Eingefandt.

Konferenz der Biskiten- und Binselmacher.

Die Verhandlungen der Konferenz werden am Mittwoch, 27. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Behain, Theresienstr., in Nürnberg eröffnet und sollen am 28. Dezember zu Ende geführt werden. Die Delegierten sind ersucht, rechtzeitig zur Stelle zu sein. Die Einberufer.

Konferenz der Klavierarbeiter.

Die Verhandlungen dieser Konferenz beginnen am Sonnabend, 30. Dezember, vormittags 10 Uhr, in Kämpfers Restaurant, Schützenstr. 8, in Reiz und sollen am 31. Dezember zu Ende geführt werden. Die gewählten Delegierten wollen sich hiernach einrichten. Die Einberufer.

Literarisches.

Bei der Redaktion sind folgende Schriften eingegangen: In freien Stunden. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. 9. Jahrgang, Heft 26 bis 48. Berlin, Ver-

lag Buchhandlung „Vorwärts“. Preis des Hefts 10 Pf. Wir können das Abonnement dieser Zeitschrift sehr empfehlen.

Der „Kalender für das Baugewerbe 1906“ mit Anschlag und statischer Berechnung, herausgegeben von Baumeister W. Haupt, der in seinem XIV. Jahrgang vorliegt, ist durch das Vorhandensein der zahlreichen Tabellen, der statischen und Fundamentberechnung ein unentbehrliches Handbuch zum Gebrauch auf dem Bau- und Wertplatz wie im Bureau geworden. Verlag von F. Garrwitz Nachf., Berlin SW 48, Friedrichstr. 16. Preis 1,50 Mk., bei freier Zustellung 1,70 Mk.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(G. S. 3 in Hamburg).

Zufschüsse sandten ein in der Zeit vom 10. bis 30. November: Berlin G 2400 Mk., München I 1600, Berlin C 1000, Berlin B, Berlin F je 800, Nichtenberg 550, Berlin A 500, Berlin H, Berlin D, Berlin E, Breslau, Freiburg i. B., Köln I je 400, Erlangen 350, Ravensburg, Neu-Spenburg, Buchau, Neustrelitz je 300, Dietesheim, Gemmoor, Ulm je 250, Spandau, Deuben, Oldesloe, Worms, Altenburg, Gohls, Ziegelhausen, Mühlheim a. Rh., Raffel, Hamburg IV, Siegburg, Flensburg, Lahr je 200, Neuendorf 188, Wandsbeck 160, Mundenheim, Forchheim, Ratingen, Utersen, Pieschen, Dortmund, Büchelberg, Blankenburg a. S., Seilbromm, Constanz, Düsseldorf, Leipzig III, Neu-Puppig je 150, W.-Glabach 125, Gagersdorf, Köpzig, Bohenheim, Neustadt b. L., Bielefeld, Lambrecht, Wittenberg, Jebenhausen, Martinroda, Cotha, Wolfstätt, Ladenburg, Tharandt, Buchheim, Bruchköbel, Seelbach, Grömlitz, Hamburg I, Strassburg, Neuhofen, St. Gangloff, Feuerbach, Nieder-Erlenbach, Ruit, Schmiedefeld, Stendal, Gonsenheim je 100, Finenau 92,30, Rheyt 91,45, Coburg 90, Münder 80, Fulda, Niedenstein je 75, Carlshofen, Lippoldshausen, Nieder-Wollstädt je 60, Nauheim, Unterböbich, Salzingen, Alsbach, Heidesheim je 50, Kranz 40. Summa 21 046,75 Mk.

Zufschüsse erhielten: Rostock, Schneewerke je 200, Diesdorf, Möbderstein, Wolfenbüttel, Giterhagen, Schneeberg, Wehlheiden, Sossenheim, Rosenheim, Garbach, Seeheim, Herdecke, Förderstedt, Wüdingen, Bürgel, Bamberg, Westhofen, Starnberg, Wochensuchen, Heiligenzell, Rombach, Hameln je 100, Mannsdorf 90, Großenritte 75, Emmerich, Gürth je 50. Summa 2765 Mk.

Krankengeld an Einzelmitglieder wurde gezahlt: 1322,29 Mk. A. Guck, Hauptkassierer.

Abrechnung für das zweite Quartal 1905.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkasse.

Einnahme.	
Beitrittsgehalt von Einzelmitgliedern	Mk. 95,—
Beiträge von Einzelmitgliedern	2 695,75
Extrabeiträge von Einzelmitgliedern	21,08
Für Ersatzbücher	1,20
= Reisehandbücher	1,50
= Statistik-Broschüren	99,75
Zurückgezahlter Reichsschutz	23,40
Zins aus Kapitalien	9 157,56
Sonstiges	44,82
	Mk. 12 140,01

Von Zahlstellen eingefandte Überschüsse 199 865,89
Summa Mk. 212 005,40

Ausgabe.

Für Reiseunterstützung	Mk. 57,70
= Arbeitslosenunterstützung	96,61
= Streikunterstützung	218,50
= Unterstützung in Sterbefällen	25,—
= Anzugunterstützung	623,20
= Umlage	551,45
= an die Hauptvorstände	22 027,89
= die „Holzarbeiter-Zeitung“	28 673,45
= die „Gleichheit“	196,36
= Gehälter und Entschädigungen	5 820,30
= Druckarbeiten	5 156,50
= Buchbinderarbeiten	1 825,20
= Stempel	117,90
= Schreib- und Packmaterial	28,28
= Porto für Korrespondenz und Materialversand	1 885,61
= Geldsundungen	120,15
Für Straporto	15,12
= Versicherungsbeiträge	204,92
= Zeitungsabonnement	827,90
= Bureauumiete und -reinigung	698,50
= Heizung und Beleuchtung	289,87
= Bureaubedarf und Dienstleistungen	2 584,65
Unkosten im Bankverkehr	747,08
Sonstiges	601,36
Delegationskosten zum Gewerkschaftskongress	2 193,30
zur Stocarbiterkonferenz	412,70
Beitrag zur Intern. Union der Holzarbeiter	842,—
Beim Übertritt des Möbelpolierverbandes	11 082,—
Streikunterstützung außerhalb des Verbandes	8 000,—
	Mk. 84 855,82

An Zahlstellen gefandte Zuschüsse 161 029,07
Summa Mk. 245 884,89

Einnahme Mk. 212 005,40
Ausgabe 245 884,89
Mehrausgabe Mk. 33 879,49

Bestand vom 1. Quartal 1905 Mk. 934 259,51
Ab Mehrausgabe 33 879,49
Ergebnisbestand pro 3. Quart. 1905 Mk. 900 380,02

Bilanz.

Einnahme.
Bestand vom 1. Quartal 1905:
Bei den Zahlstellen Mk. 136 796,17
Bei der Hauptkasse 934 259,51 Mk. 1 071 055,68

Table with financial data: Beitrittsgeld, Beiträge, Ertragsbeiträge, Sonstige Einnahmen, Guthaben der Lokalkassen für nächstes Quartal. Includes columns for 'Bei den Zahlstellen' and 'Bei der Hauptkasse' with amounts in M.

Table: Reiseunterstützung. Bei den Zahlstellen: M. 80450,59. Bei der Hauptkasse: M. 57,70. Summa M. 80508,29.

Table: Arbeitslosenunterstützung. Bei den Zahlstellen: M. 51788,88. Bei der Hauptkasse: M. 99,61. Summa M. 51888,49.

Table: Streikunterstützung. Bei den Zahlstellen: M. 214163,92. Bei der Hauptkasse: M. 218,50. Summa M. 214382,42.

Table: Gemäßregelunterstützung. Bei den Zahlstellen: M. 8470,-. Bei der Hauptkasse: M. 25,-. Summa M. 8495,-.

Table: Umzugsunterstützung. Bei den Zahlstellen: M. 6767,48. Bei der Hauptkasse: M. 623,20. Summa M. 7390,68.

Table: Notfallunterstützung. Bei den Zahlstellen: M. 1675,-. Bei der Hauptkasse: M. 4414,61. Summa M. 6089,61.

Table: Agitation. Bei den Zahlstellen: M. 290,97. Bei der Hauptkasse: M. 22579,34. Summa M. 22870,31.

Table: Sonstige Ausgaben bei den Zahlstellen. 25 Prozent Anteil der Lokalkassen: M. 111459,89. Für die 'Holzarbeiter-Zeitung': M. 28673,45. Für die 'Gleichheit': M. 196,36. Gehälter und Entschädigungen: M. 5820,30. Druck- und Buchbinderarbeiten, Stempel usw.: M. 7099,-. Sonstige Verwaltungskosten bei der Hauptkasse: M. 6988,36. Delegationskosten zum Gewerkschaftskongress zur Stockarberterkonferenz: M. 2193,30. Beitrag zur Intern. Union der Holzarbeiter beim Übertritt des Möbelpoliererverbandes: M. 412,70. Übernommene Streikschulden: M. 842,-. Streikunterstützung außerhalb des Verbandes: M. 11032,-. Guthaben der Lokalkassen vom vorigen Quartal: M. 3000,-. Bestand pro 3. Quartal 1905: M. 5731,52.

Table: Bestand pro 3. Quartal 1905. Bei den Zahlstellen: M. 181127,48. Bei der Hauptkasse: M. 900380,02. Summa M. 1081507,50.

Table: Uebersicht. Einnahme. Bei den Zahlstellen: M. 475297,38. Bei der Hauptkasse: M. 12140,01. Summa M. 487437,39.

Table: Ausgabe. Bei den Zahlstellen: M. 442129,75. Bei der Hauptkasse: M. 84855,82. Summa M. 526985,57.

Table: Gesamt-Einnahme: M. 487437,39. Gesamt-Ausgabe: M. 526985,57. Mehrausgabe M. 39548,18.

August Bohne, Kassierer. Revidiert und für richtig befunden: Die Revisoren: G. Bühler, F. Daniel, L. Lamparter.

Im zweiten Quartal dieses Jahres ist die Mitgliederzahl des Verbandes auf 116041 gestiegen. Davon waren 115109 (im ersten Quartal 106912) männliche und 982 (810) weibliche Mitglieder. Die Zunahme beträgt in diesem Vierteljahr 8319 Mitglieder. Gegen das zweite Quartal des Vorjahres hat sich die Mitgliederzahl um 22368 vermehrt.

Die Zahlstellen haben sich im letzten Vierteljahr um 16, im letzten Jahre um 49, nämlich von 631 auf 680, vermehrt.

An der Steigerung der Mitgliederzahl in diesem Vierteljahr sind von den größeren Zahlstellen besonders die folgenden mit dem beigefügten Zuwachs beteiligt:

- Wachen 18, Augsburg 17, Berlin 734, Bielefeld 88, Bonn 92, Brandenburg 47, Braunschweig 58, Bremen 232, Bremerhaven 42, Breslau 148, Burgdamm 28, Cassel 204, Celle 45, Charlottenburg 27, Chemnitz 106, Coblenz 18, Danzig 15, Darmstadt 68, Dessau 19, Dortmund 19, Düsseldorf 20, Eitenburg 15, Eisenach 16, Giesleben 18, Erfurt 26, Flensburg 53, Frankfurt a. M. 73, Frankfurt a. O. 75, Fürstentum 17, Götting 57, Gaaßen 62, Gera 53, Götting 101, Hagen 25, Halle 25, Hamburg 240, Hanau 89, Hannover 122, Harburg 20, Heidelberg 78, Herford 178, Hildesheim 18, Hocht 85, Johanneberg 15, Kaiserlautern 81, Karlsruhe 82, Kellheim 17, Kempten 36, Kiel 114, Klingenthal 68, Köln 361 (einschließlich 96 von Raff und 114 von Mühlheim a. Rh.), Königsberg 41, Leipzig 117, Liegnitz 66, Lübeck 16, Lützenwalde 25, Ludwigshafen 85, Lübeck 46, Magdeburg 86 (einschließlich 35 von Groß-Ittersleben), Mainz 86, Mannheim 76, Meißen 17, Mühlhausen i. Gf. 45, München 233, Neuhäusen 29, Niederfeld 24, Nürnberg 556, Offenbach 26, Oldenburg 21, Peine 15, Pforzheim 99, Plauen 16, Potsdam 40, Rabenau 93, Rathenow 21, Rieddorf 115, Rottorf 88, Ruhrt 88, Saarbrücken 28, Schöneberg 20, Schönheide 37, Schweidnitz 27, Schwerin 31, Sebnitz 137, Solingen 30, Stettin 48, Stuttgart 210, Themar 15, Ulm 86, Waldheim 47, Wandsbeck 21, Weipen-

Large table: Reiseunterstützung. Columns: Beruf, Klasse I (52 Beitr. = 86 M.), Klasse II (104 Beitr. = 42 M.), Klasse III (156 Beitr. = 48 M.), Klasse IV (208 Beitr. = 54 M.), Klasse V (260 Beitr. = 60 M.), Insgesamt, Durchschnitt pro Empfänger. Rows: Hilfsfremdmacher, Drechsler, Stockarbeiter, Knopfmacher, Kammacher, Korbmacher, Korfschneider, Stellmacher, Tischler, Klaviermacher, Stuhlbauer, Polierer, Möbelschleifer, Parkettschleifer, Maschinenarbeiter, Diverse, Männliche zuz., Weibliche Mitgl., Insgesamt.

Table: Arbeitslosenunterstützung. Columns: Beruf, Klasse I (52 Beitr. = 86 M.), Klasse II (104 Beitr. = 42 M.), Klasse III (156 Beitr. = 48 M.), Klasse IV (208 Beitr. = 54 M.), Klasse V (260 Beitr. = 60 M.), Insgesamt, Durchschnitt pro Empfänger, Dauer der Arbeitslosigkeit. Rows: Hilfsfremdmacher, Drechsler, Stockarbeiter, Knopfmacher, Kammacher, Korbmacher, Korfschneider, Stellmacher, Tischler, Klaviermacher, Stuhlbauer, Polierer, Möbelschleifer, Parkettschleifer, Maschinenarb., Diverse, Männliche zuz., Weib. Mitgl., Insgesamt.

Wie die Reise- und Arbeitslosenunterstützung und deren Empfänger sich auf die einzelnen Berufe und die nach der Mitgliedschaftsdauer eingeteilten Klassen verteilen, ist in der beigefügten Tabelle übersichtlich dargestellt.

Die Bilanz schließt mit einer Mehrausgabe von 39548 M., während im zweiten Quartal des Vorjahres eine Mehreinnahme von 59311 M. zu verzeichnen war. Dies Ergebnis erklärt sich daraus, daß allein die Ausgaben für die Streiks um mehr als hunderttausend Mark höher als im Vorjahr sind. Auf den Fonds für die Arbeitslosenunterstützung entfallen von den Einnahmen 126955 M. (1269550 männliche Beiträge à 10 Pf.), nach Abzug der ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung — einschließlich der erhöhten Reiseunterstützung — noch 75122 M., so daß hiernach die übrigen Ausgabenposten eine Mehrausgabe von insgesamt 114670 M. erfordert haben.

Der in dem Kassenbestand von insgesamt 1081507 M. enthaltene Fonds für die Arbeitslosenunterstützung beträgt am Schluß dieses Vierteljahres 700642 M.

Anschließend bringen wir noch die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen im zweiten Quartal 1905.

Table: Lokalkassen im zweiten Quartal 1905. Einnahmen: Kassenbestand vom ersten Quartal 1905: M. 481518,71. 25 Prozent der Verbandsbeiträge: M. 111459,89. Lokalbeiträge: M. 199962,64. Einnahmen für Vergütungen: M. 3127,12. Für die Bibliotheken: M. 230,21. Sonstiges (inkl. Guthaben bei der Hauptkasse): M. 58954,60. Zusammen M. 855252,67. Ausgaben: Lokalunterstützung an Arbeitslose und Reisende: M. 28502,89. an streifende Mitglieder: M. 184182,59. in sonstigen Fällen: M. 14808,88. Für Streiks anderer Gewerkschaften: M. 4227,78. Ausgaben für Vergütungen: M. 2600,28. Agitation, Vorträge, Bibliothek usw.: M. 10952,11. Verwaltungskosten, persönliche: M. 49380,98. sächliche: M. 22789,47. Beiträge an Gewerkschaftskartelle, Sekretariate: M. 13412,25. Sonstiges (inkl. Guthaben bei der Hauptkasse): M. 43769,24. Gesamtausgabe M. 374575,97. Kassenbestand für das dritte Quartal 1905: Angelegt: M. 243228,56. In bar: M. 237448,14. Zusammen M. 480676,70. Stuttgart, 2. Dezember 1905. Der Verbandsvorstand.

Der durch Austritt, Streichung, Todesfall usw. herbeigeführte Mitgliederverlust betrug in diesem Vierteljahr 8296 oder 7,1 Prozent, im Vergleichsquarteral des Vorjahres 7337 oder 7,7 Prozent der gesamten Mitgliederzahl. Die Fluktuation ist also trotz der Vermehrung der Mitgliederzahl fortgesetzt im Rückgang begriffen.

Die Summe der gezahlten Wochenbeiträge beträgt insgesamt 462772 M. Davon befinden sich noch 16936 M. restliche Ertragsbeiträge à 10 Pf. pro Mitglied und Woche aus dem ersten Quartal, so daß an ordentlichen Beiträgen 445836 M. verbleiben, gegen 427030 M. im vorigen Quartal und 374014 M. im Vergleichsquarteral des Vorjahres. Auf das einzelne männliche Mitglied entfallen durchschnittlich 3,86 M., gleich 35 Prozent des Vollbeitrages, gegen 38 Prozent im Vorjahr. Die weiblichen Mitglieder haben durchschnittlich 1,60 M. oder 82 Prozent (im Vorjahr 80 Prozent) des Vollbeitrages entrichtet.

Die Ausgaben sind gegen das Vorjahr ohne Ausnahme erheblich gestiegen. Und zwar die Reiseunterstützung von 23216 auf 80508 M., die Arbeitslosenunterstützung von 25618 auf 51832 M., die Streikunterstützung von 104818 auf 214382 M., die Gemäßregelunterstützung von 4175 auf 6781 M., das Sterbegeld von 5742 auf 8495 M., die Umzugsunterstützung von 5504 auf 7390 M., die Notfallunterstützung von 1415 auf 1675 M., der Rechtsschutz von 2048 auf 4414 M., Agitation von 16429 auf 22870 M. usw.

Von der angegebenen Summe der Reiseunterstützung entfallen 3160 M. auf die Aufenthaltsunterstützung, welche an 2094 Empfänger, und zwar an 308 je für drei Tage, an 450 je für zwei Tage und an 1386 je für einen Tag gewährt worden ist. Hiervon kommen auf Berlin 520, Breslau 12, Dresden 62, Hamburg 183, Köln 220, Leipzig 79, München 106, Bremen 118, Chemnitz 33, Düsseldorf 94, Oberfeld 57, Frankfurt 153, Halle 66, Hannover 67, Königsberg 2, Magdeburg 27, Nürnberg 118, Stettin 23, Straßburg 42 und Stuttgart 112 Empfänger.

